

FÜR EINE OFFENE, GERECHTE UND SOLIDARISCHE SCHWEIZ

Legislaturziele der SP-Fraktion
2015 bis 2019

FÜR ALLE
STATT
FÜR WENIGE



Sozialdemokratische Partei der Schweiz

Spitalgasse 34

Postfach 7876 · 3001 Bern

Telefon 031 329 69 69

Telefax 031 329 69 70

www.spschweiz.ch

Layout: Atelier Bläuer, Bern

Druck: s+z:gutzumdruck, Brig-Glis

© 2015

SOZIALDEMOKRATISCHE POLITIK FÜR EINE OFFENE, GERECHTE UND SOLIDARISCHE GESELLSCHAFT

Aussen- wie innenpolitisch steht die Schweiz vor wichtigen Weichenstellungen. Am 18. Oktober wird sich weisen, welche Mehrheiten unser Land in welche Richtung lenken werden. Die national-konservativen Kräfte wollen die Schweiz immer stärker abschotten, stellen die Menschenrechte in Frage und tragen dazu bei, dass die Vermögensungleichheit immer grösser wird. Mehr denn je muss sozialdemokratische Politik den Menschen die Gewissheit geben, dass eine bessere Zukunft in einer gerechten, offenen und solidarischen Gesellschaft möglich ist. Mehr Lebensqualität für alle statt ein paar wenige Privilegierte. Heute bestimmen oft Sonderinteressen und Lobbyanliegen die Politik. Leider.

Die Wahlplattform der SP Schweiz zeigt mit 10 ganz konkreten Projekten auf, wie sich diese Vision verwirklichen lässt: Mit einem Ausbau des Kündigungsschutzes für ältere Arbeitnehmende; mit kostenlosen Tagesschulen für alle oder mit einer Deckelung der Krankenkassenprämien bei höchstens 10 Prozent des Haushaltseinkommens.

Mit ihren Legislaturzielen 2015 bis 2019 doppelt die SP-Fraktion in der Bundesversammlung noch etwas umfassender nach. Wir legen offen, für welche politischen Grundsätze wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten einstehen und was wir in den gut zwei Dutzend wichtigsten Politikfeldern als nächstes erreichen wollen.

Auf den folgenden Seiten ist nachzulesen, wofür unsere Nationalrätinnen oder Ständeräte in der Umwelt-, Wirtschafts-, Rechts-, Sozial- oder Europapolitik in den nächsten vier Jahren kämpfen werden. Diese politische Auslegeordnung ist unser Bezugs- und Orientierungspunkt in der nächsten Legislatur. Sie soll gleichzeitig ein Massstab sein, an dem uns die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger messen können.

Andy Tschümperlin
Fraktionschef

INHALT

Sozial- und Bildungspolitik

1	Für eine moderne und soziale Familienpolitik	5
2	Für sichere Renten und soziale Sicherheit	7
3	Für ein qualitativ hochstehendes Gesundheitssystem für alle	9
4	Für eine starke Volksschule als Grundlage einer funktionierenden Demokratie	12
5	Für eine starke Berufsbildung und die lebenslange Aus- und Weiterbildung	14
6	Für starke Hochschulen und mehr internationale Zusammenarbeit in Forschung und Wissenschaft	16

Finanz- und Wirtschaftspolitik

7	Für einen Arbeitsmarkt im Interesse aller Lohnabhängigen	21
8	Für faire Löhne für alle	23
9	Für eine gerechte Finanz- und Steuerpolitik ohne Schlupflöcher	25
10	Für einen sauberen Finanzplatz im Dienste der Gesamtwirtschaft	27
11	Für mehr Kaufkraft und mehr Rechte für Konsumentinnen und Konsumenten	29
12	Für erschwinglichen Wohnraum für alle	31

Natürliche Ressourcen, Mobilität und Service public

13	Für einen starken Service public für alle Menschen in allen Landesgegenden	35
14	Für einen starken öffentlichen Verkehr in allen Regionen des Landes	37
15	Für den Schutz unserer Ressourcen – im Interesse von Mensch und Umwelt	39
16	Für die Energiewende - eine Chance für Mensch, Umwelt und Wirtschaft	41

Gleichstellung, Demokratie, Rechtsstaat und Bürgerrechte

17	Für Gleichstellung als Norm	45
18	Für mehr Transparenz in der Politik und für eine starke Demokratie	47
19	Für eine menschenwürdige Ausländer- und Asylpolitik	49
20	Für die Wahrung des Rechtsstaates in der direkten Demokratie	51

Medien-, Internet- und Kulturpolitik

21	Für ein demokratiegerechtes Mediensystem	55
22	Für eine Internetpolitik, die dem Wohl des einzelnen Menschen dient	57
23	Für eine aktive Kulturpolitik, die den Zusammenhalt der Menschen fördert	60

Europa, Aussenpolitik und Internationales

24	Für die Weiterentwicklung verlässlicher und guter Beziehungen zur EU	65
25	Für eine nachhaltige Aussenwirtschaftspolitik	67
26	Für eine aktive Aussenpolitik und starke multilaterale Organisationen	69
27	Für eine wirksame Entwicklungspolitik, die Armut bekämpft, in fragilen Staaten aktiv bleibt und Globale Öffentliche Güter schützt	71

Sicherheit, Strafrecht und Frieden

28	Für mehr Lebensqualität dank mehr öffentlicher Sicherheit für alle	75
29	Für eine gut durchdachte Strafrechtspolitik	79
30	Für eine Friedens- und Sicherheitspolitik des globalisierten 21. Jahrhunderts	80

A close-up photograph showing several hands working together to tie a knot in a thick, black, textured cord. The hands are positioned around the cord, with fingers carefully manipulating it. In the background, a person is wearing a green and white vertically striped shirt. Below the cord, a dark-colored garment with red and white circular patterns is visible. The overall scene suggests a collaborative activity or a craft project.

**SOZIAL- UND
BILDUNGSPOLITIK**

1

FÜR EINE MODERNE UND SOZIALE FAMILIENPOLITIK

Ausgangslage

Die Familie bildet den Kern einer Gesellschaft, die sich tendenziell mehr und mehr individualisiert. Als starkes Bindeglied zwischen den einzelnen Menschen ist sie gleichzeitig identitätsbildend und eine Quelle der zwischenmenschlichen Solidarität. Darum gilt es, die Familien zu unterstützen und zu fördern.

In den letzten Jahren hat sich der Kontext stark verändert. Die Grösse der Familien hat abgenommen. Die Rollenverteilung zwischen den Geschlechtern ist im Wandel begriffen, wollen doch die – häufig besser als früher ausgebildeten – Frauen am Berufsleben teilhaben. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist jedoch bei weitem noch nicht gegeben. Das ist für junge Paare mit Kinderwunsch nicht ermutigend und führt dazu, dass ein unschätzbare Potenzial für die Schweizer Wirtschaft brachliegt. Zudem wächst die Zahl von Eineltern- und Patchworkfamilien. Genau diese Familien sind am stärksten armutsgefährdet.

Kommt dazu, dass die demografische Alterung die Familienpolitik vor gewaltige Herausforderungen stellt. Dies gilt für den Gesundheits- und Pflegebereich, aber auch für den Altersrücktritt: Während heute 3,4 Berufstätige eine Rentnerin bzw. einen Rentner finanzieren, werden wir in 20 Jahren mit einem Verhältnis von 2 zu 1 zurechtkommen müssen. Mit den Budgetkürzungen in diversen Kantonen und den massiven Aufschlägen bei den Wohnungsmieten werden die Familien ebenfalls vermehrt zur Kasse gebeten.

Das sind unsere Grundsätze

Für die SP ist das A und O eine Familienpolitik, die mit der gesellschaftlichen Entwicklung Schritt hält. Jede und jeder muss diskriminierungsfrei einen eigenen Lebensstil pflegen können. Dementsprechend setzt sich die SP für eine zeitgemässe Definition der Familie und eine Öffnung der Ehe für alle Lebensformen ein. Eine Familie bilden bedeutet, sich gegenseitig zu unterstützen, Vertrauen zu schenken, Verantwortung zu übernehmen, Geborgenheit zu erleben und vor Gefahr geschützt zu sein. Diese Werte können alle Eltern vermitteln, unabhängig von ihrer Geschlechtsidentität oder sexuellen Orientierung.

Chancengleichheit ist ein Herzstück sozialdemokratischer Politik: Niemand darf aus finanziellen Gründen vom sozialen Leben ausgeschlossen sein. Das impliziert, dass allen eine Ausbildung nach eigener Wahl offen stehen soll und dass alle in der Lage sind, eine passende Arbeit zu finden, mit der sich Familien- und Berufsleben unter einen Hut bringen lassen. Die SP verteidigt eine sozialstaatliche Politik, die Familien finanzielle Erleichterungen verschafft, um diese vor Armut zu bewahren und sicherzustellen, dass sich die Kinder optimal entwickeln können.

Das hat die SP erreicht

Punkto Modernisierung des Familienrechts hat die Schweiz dank einer kämpferischen SP einen Schritt in die richtige Richtung gemacht: Mit der Anpassung des Adoptionsrechts können Erwachsene nun unabhängig von ihrem Zivilstand oder ihrer Lebensform das Kind einer Partnerin oder eines Partners adoptieren. Die SP hat auch für die Einführung des gemeinsamen Sorgerechts gekämpft, das am 1.7.2014 in Kraft getreten ist. Massgeblich vorangetrieben hat die SP das seit 2003 laufende Impulsprogramm des Bundes zur Schaffung von Plätzen für die Tagesbetreuung. Dank der Unterstützung durch die SP konnte das Programm erneut verlängert werden, für eine Dauer von vier Jahren. Den Anstoss gegeben hat die SP schliesslich auch für die Ausdehnung der Familienzulagen auf die Selbständigerwerbenden.

Das will die SP 2015 bis 2019 erreichen

- Zwecks besserer Vereinbarkeit von Familie und Beruf sollen Tagesschulen allen unentgeltlich zur Verfügung stehen. Zudem setzen wir uns dafür ein, dass das Platzangebot in der ausserfamiliären Kinderbetreuung ausgebaut und abhängig vom Haushalteinkommen finanziert wird. Mittels steuerlicher Anreize sollten hier auch die Arbeitgeber in die Pflicht genommen werden.
- Neuartige Modelle wie das «Jobsharing» müssen ebenso gefördert werden wie die Teilzeitarbeit von Männern. Wer Teilzeit arbeitet, muss sozialversicherungsrechtlich genau gleich behandelt werden wie Vollzeitarbeitende. Im Rahmen der Reform «Altersvorsorge 2020» engagiert sich die SP dafür, dass die Frauen, die öfters Teilzeit arbeiten als Männer, bei den Altersrenten nicht dafür büssen müssen.
- Die SP ist überzeugt, dass beide Elternteile gefragt sind, wenn es um die Erziehung von Kindern geht. Deshalb verlangt sie die Schaffung eines durch das Zulagensystem finanzierten Elternurlaubs von insgesamt 24 Wochen, einschliesslich mindestens 14 Wochen Mutterschaftsurlaub. Auch für einen Adoptionse Elternurlaub wäre die Zeit allmählich reif.
- Im «Care»-Bereich bedarf es einer Stärkung des Service public, sowohl auf der Ebene der medizinischen Versorgung als auch bei der Betreuung von Kindern und älteren Menschen. Die SP unterstreicht die Notwendigkeit eines Systems von Betreuungszulagen, gekoppelt mit einem Pflegeurlaub für Verwandte.
- Die SP will Hand in Hand mit den Kantonen ein Rahmengesetz ausarbeiten, das die Zusatzleistungen für Familien regelt.
- Die SP unterstützt die Schaffung von Kindergutschriften, welche das ungerechte System der Steuerabzüge für Kinder ersetzen, von dem vorwiegend einkommensstarke Familien profitieren.
- Die Krankenkassenprämien sind für die Familienbudgets eine schwere Belastung. Darum will die SP Kinder und Jugendliche in Ausbildung, die das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, von den Prämien befreien.
- Homo- und Transphobie will die SP wirksamer bekämpfen, indem diese der Antirassismusstrafnorm unterstellt werden. Höchste Zeit ist es auch, die Ehe für homosexuelle Menschen zu öffnen und ihnen die Adoption von Kindern oder den Rückgriff auf medizinische Fortpflanzungstechniken zu denselben Bedingungen zu ermöglichen, wie sie für heterosexuelle Paare gelten. Die Zwangssterilisation von Trans*-Personen gehört verboten.

2 FÜR SICHERE RENTEN UND SOZIALE SICHERHEIT

Ausgangslage

Soziale Sicherheit soll den Menschen eine finanzielle Absicherung gegenüber Lebensrisiken bieten und sie vor Armut bewahren. Im Wesentlichen deckt sie die Risiken bezüglich Arbeitslosigkeit, Alter, Tod, Verwitwung, Invalidität, Krankheit, Unfall und Mutterschaft ab. Der Sozialstaat steht jedoch unter Druck, finanziell wie politisch. Menschen, die Sozialversicherungsleistungen beziehen, sind vermehrt Anfeindungen ausgesetzt. Sozialhilfebezüger werden mehr und mehr stigmatisiert und die Garantie des Existenzminimums droht auf dem Altar der Sparmassnahmen geopfert worden. Das Hin- und Herschieben von Kosten und Verantwortung unter den Versicherungen offenbart die bestehenden Koordinationsprobleme.

Dieses System steht als Ganzes vor grossen Herausforderungen, Die Schweiz muss Antworten finden, um die soziale Sicherheit zu erhalten. Vor diesem Hintergrund wird die Reform der «Altersvorsorge 2020» eines der grossen Projekte der nächsten Jahre darstellen.

Das sind unsere Grundsätze

Die SP ist seit eh und je die Anwältin der sozialen Gerechtigkeit. Darum sieht sie sich in der Pflicht, die offenen oder versteckten Attacken auf Menschen, die auf das soziale Auffangnetz angewiesen sind, zu kontern. Ganz besonders am Herzen liegt der SP die Solidarität zwischen den Generationen, zwischen Berufstätigen und Stellenlosen, zwischen Gesunden und Kranken oder Menschen mit einer Behinderung. Insofern ist die SP die Garantin der sozialen Errungenschaften und des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Sie verteidigt das Versicherungsprinzip und verurteilt die bürgerlichen Manöver für eine Rückkehr zum archaischen Fürsorgeprinzip, das Stigmatisierungen Vorschub leistet und auf Ressourcenverschwendung hinausläuft, weil die Probleme nicht an der Wurzel gepackt werden. Die SP setzt auf eine Systemreform basierend auf besserer Koordination und Harmonisierung der sozialstaatlichen Regelungen.

Das hat die SP erreicht

Dank dem Einsatz der SP wurde das zweite Massnahmenpaket der 6. IV-Revision, das vor allem Leistungskürzungen vorsah, nach Ablehnung der ursprünglichen Vorlage in zwei Blöcke aufgeteilt. Die Vorlage 6b liegt so lange auf Eis, bis die Auswertung der 5. IV-Revision und der Revision 6a vorliegt. Von Anfang an aktiv mitgetragen hat die SP die Ratifizierung der 2014 in Kraft getretenen UNO-Behindertenrechtskonvention. Bei der Reform der Unfallversicherung wiederum ist eine der SP grösstenteils genehme Kompromisslösung in Griffweite.

Das will die SP 2015 bis 2019 erreichen

- Mit dem Leistungsabbau bei den Sozialversicherungen wurden nur Kostenverschiebungen hin zu andern Instrumenten der sozialen Sicherheit ausgelöst. Für eine bessere Koordination zwischen den Versicherungen schlägt die SP die Einführung einer allgemeinen Erwerbsausfallversicherung vor. Damit soll eine finanzielle Grunddeckung für jede und jeden gewährleistet sein, wenn wegen Krankheit, Mutterschaft, Invalidität, Unfall, Erwerbslosigkeit oder Militär-/Zivildienst kurz- oder längerfristig keine Berufsausübung möglich ist.
- Mehr Gerechtigkeit in der Sozialhilfe und eine bessere Betreuung der Betroffenen will die SP mit einem eidgenössischen Rahmengesetz für die Sozialhilfe erreichen, das Minimalstandards und Bundeshilfen für Kantone und Gemeinden festschreibt. Klärungsbedarf besteht bezüglich der Rolle von Sozialunternehmen.
- Während die Gesamtzahl der IV-Bezügerinnen und IV-Bezüger rückläufig ist, nehmen immer mehr junge Menschen IV-Leistungen in Anspruch, zumeist aufgrund psychischer Probleme. Um dieser beunruhigenden Entwicklung entgegenzuwirken, fordert die SP Anstrengungen bei der Prävention und der Wiedereingliederung.
- Die Zahl der Langzeitarbeitslosen und Sozialhilfebezüger wächst, vor allem bei den älteren Arbeitnehmenden. Die SP verlangt für sie einen stärkeren Kündigungsschutz. Andererseits müssen die die Position älterer Menschen auf dem Arbeitsmarkt gestärkt werden, durch die Förderung von Bildung und Weiterbildung sowie die Realisierung flexibler Beschäftigungsmodelle.
- Gemäss OECD ist die Armutsquote bei betagten Menschen in der Schweiz auffallend hoch. Der Verfassungsauftrag, dass AHV und Pensionskasse eine Fortsetzung des gewohnten Lebens in angemessener Weise ermöglichen sollen, ist nicht mehr erfüllt. Bei der Reform der «Altersvorsorge 2020» führt kein Weg an einer Konsolidierung der 1. Säule vorbei. Demzufolge müssen die AHV-Renten um 10 Prozent steigen, und darum unterstützt die SP auch die Volksinitiative AHVplus. Weiter wird sich die SP auch künftig für einen Ausbau der Ergänzungsleistungen einsetzen.
- Die SP begrüsst die Hauptstossrichtungen der Reform «Altersvorsorge 2020». Allerdings knüpft sie die Anpassung des Frauenrentenalters an die Lohngleichheit, damit die Frauen bei der Pensionierung nicht die Geprellten sind. Denn Frauen sind in den in den Tieflohnbranchen über- und in den Chefetagen und auf Kaderebene untervertreten. Darüber hinaus widmen sich Frauen sehr häufig Betreuungs- und Erziehungsaufgaben. Darum fordert die SP, dass diese unbezahlte Arbeit aufgewertet wird.
- In der 2. Säule steht die SP einer Senkung des Umwandlungssatzes von 6.8 auf 6 Prozent sehr kritisch gegenüber – in Ermangelung einer statistischen Basis, mit der sich eine solche Massnahme rechtfertigen liesse. Hingegen verlangt die SP, dass die Millionengewinne der Lebensversicherer in die Rentenfinanzierung fliessen. Die Mindestquote muss deshalb revidiert, wenn nicht gänzlich aufgehoben werden.
- Die SP setzt sich für die Umsetzung der UNO-Behindertenrechtskonvention ein. Menschen mit Behinderungen sollen selbstbestimmt am öffentlichen, wirtschaftlichen und sozialen Leben teilhaben können. Die SP unterstützt einen inklusiven Zugang und unterstützt die Aufstockung öffentlicher Gelder für Hilfestellungen. Die Bestimmungen des Behindertengleichstellungsgesetzes müssen endlich Wirklichkeit werden, namentlich in den Bahnhöfen.

3 FÜR EIN QUALITATIV HOCHSTEHENDES GESUNDHEITSSYSTEM FÜR ALLE

Ausgangslage

Das schweizerische Gesundheitssystem gehört zu den besten weltweit. Im Allgemeinen werden die Patientinnen und Patienten rasch versorgt, Technologie und Kompetenz des Berufspersonals sind auf höchstem Niveau, die Leistungsqualität ist relativ gut. Allerdings hat dies auch seinen Preis. Das schweizerische System ist auch eines der teuersten weltweit: punkto Ausgaben gemäss OECD die Nummer 4. Durchschnittlich sind die Gesundheitskosten deutlich schneller angestiegen als die Lebenshaltungskosten. Seit 1995 wuchsen die Ausgaben um 3,9 Prozent pro Jahr, mit Spitzen bis zu 6,4 Prozent, und seit der Einführung der neuen Spitalfinanzierung hat sich diese Tendenz nach oben keineswegs abgeschwächt. Überdies werden die Haushalte in immer grösserem Ausmass zur Kasse gebeten. 2012 kamen sie für 61,3 Prozent der Gesundheitskosten auf, was sich einmal mehr in einer massiven Prämienhöhung niederschlug. Eingedenk der demografischen Alterung, die sich am Horizont abzeichnet und einen erhöhten Bedarf an medizinischer Versorgung nach sich ziehen wird, ist klar, dass eine Trendwende ohne grundlegende Reform des Finanzierungssystems illusorisch ist.

Das sind unsere Grundsätze

Die SP steht für den uneingeschränkten Zugang der ganzen Bevölkerung zu einer tadellosen medizinischen Versorgung ein. Im Zentrum stehen die Sicherheit der Patientinnen und Patienten sowie deren Interessen, weshalb sie für Qualitätsverbesserungen plädiert, die nicht nur von Wirtschaftlichkeitsüberlegungen ausgehen, sondern auch auf die Wirksamkeit der medizinischen Behandlung abstellen. Zu diesem Zweck strebt die SP auch eine bessere Patienteninformation an und eine Stärkung der Patientenrechte. Und weil die Gesundheit ja auch ein öffentliches Gut darstellt, muss der Staat auf diesem Gebiet die Fäden in der Hand behalten, nur so kann er den Erwartungen der Bevölkerung nachkommen. Wohl oder übel wird sich auch die Frage, wie eine gerechtere Finanzierung des Systems aussehen könnte, wieder stellen, trotz der Ablehnung der öffentlichen Krankenkasse an der Urne. Ebenso kämpft die SP für individuelle Prämien in Abhängigkeit vom Einkommen von jedem und jeder einzelnen.

Das hat die SP erreicht

Das Krankenversicherungsgesetz von 1996 und die Verankerung der Grundversicherung sind Früchte sozialdemokratischer Knochenarbeit. Seither hat die SP ihr ganzes Gewicht in die Waagschale geworfen, um substanzielle Verbesserungen zu erzielen. Dank den SP-Stimmen konnte die Jagd der Versicherer auf gute Risiken endlich gebremst und der Risikoausgleich durch Zusatzkriterien – Spitalaufenthalt, Pflegeheim und Medikamentenpreise – verfeinert werden. Die Initiative für eine

öffentliche Krankenkasse hat – trotz der Ablehnung durch das Volk im September 2014 – bedeutende Verbesserungen möglich gemacht wie das Krankenkassenaufsichtsgesetz oder die Korrektur bei den zu viel kassierten Prämien. Ein grosses SP-Anliegen war auch der neue Verfassungsartikel zur Grundversorgung, der den Staat verpflichtet, für Zugänglichkeit und Qualität zu sorgen. Im Rahmen der Umsetzung der Strategie «Gesundheit 2020» verfiht die SP eine bessere Qualität und Koordination der Pflegeleistungen.

Das will die SP 2015 bis 2019 erreichen

- Mit der demografischen Alterung der Bevölkerung kommen in Sachen Qualität der Pflegeleistungen grosse Herausforderungen auf uns zu. Die häufigeren chronischen Krankheiten werden eine bessere Koordination über die ganze Behandlungskette hinweg erfordern und den Bedarf an integrierter Versorgung erhöhen. Zu diesem Zweck unterstützt die SP die Einführung des elektronischen Patientendossiers.
- Um die Risikoselektion einzudämmen und eine faire Behandlung aller Patientinnen und Patienten sicherzustellen, arbeitet die SP auf die Schaffung eines vollständig durch den Staat finanzierten Hochrisiko-Pools hin. Für uns ist das der Schlüssel zu einer besseren Lastenverteilung bei chronisch Kranken und Patientinnen und Patienten, deren Behandlung hohe Kosten verursacht. In dieser Hinsicht ist eine Trennung zwischen Grundversicherung und Zusatzversicherung dringlich. Den Kantonen, die dies wollen, muss es zudem gestattet sein, öffentliche Einheitskrankenkassen zu gründen.
- Die Prämien sind in den letzten zehn Jahren für viele Haushalte zur untragbaren Last geworden. Deshalb muss die Finanzierung des Gesundheitssystems gerechter und sozialer werden. Zur Entlastung der Familien tritt die SP für Gratis-Prämien für Kinder und Jugendliche in Ausbildung, die das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, ein. Zu ihren Forderungen gehört ebenso, dass das System der individuellen Prämienverbilligung so umgestaltet wird, dass die Prämien nicht mehr als 10 Prozent des Haushaltseinkommens wegfressen. Langfristig bleibt der Wechsel zu einem System mit einkommensabhängigen Prämien nach Auffassung der SP eine Notwendigkeit.
- Für eine kohärente Politik und einen optimalen Ressourceneinsatz braucht es verbindlichere und klarere Kriterien für die Spitalplanung. Aus Sicht der SP muss die öffentliche Hand handlungsfähiger werden. Die kantonalen Finanzbeiträge müssen an die Erfüllung von Service-public-Aufgaben gebunden sein. Spitäler, die auf den kantonalen Spitallisten figurieren möchten, sollen zur Bereitstellung einer Mindestzahl von Ausbildungsplätzen verpflichtet sein.
- Die SP setzt sich dafür ein, dass ältere Menschen ein würdiges und möglichst selbstbestimmtes Alter leben können. Dafür ist ein ambulantes, stationäres und halbstationäres Versorgungsnetz aufzubauen. Der Staat soll zur Finanzierung der Langzeitpflege und Begleitung beitragen, die Qualität der Pflege sicherstellen und gute Arbeitsbedingungen in diesem Bereich durchsetzen.
- Die SP wird sich für eine nachhaltige Lösung bei der Steuerung des ambulanten Bereichs engagieren. Nicht in Frage kommt die Einführung der Vertragsfreiheit für die Versicherer. Für die SP ist einzig eine Lösung denkbar, bei der die öffentliche

Hand eine gewichtigere Rolle hat. Ihrer Ansicht nach sind die Kantone am ehesten in der Lage, eine kohärente Versorgungsplanung auf die Beine zu stellen. Die Finanzierung des stationären und des ambulanten Bereichs muss vereinheitlicht werden, ohne dass es zu einer Rationierung kommt.

- Im Hinblick auf die Stärkung der Patientenrechte schwebt der SP ein Fonds zur Entschädigung von Patienten vor, die aufgrund von Qualitätsmängeln oder von Komplikationen infolge einer Behandlung Schäden davongetragen haben. Alimentiert würde dieser Fonds aus staatlichen Beiträgen und solchen der Leistungserbringer sowie der im Gesundheitswesen tätigen Unternehmen.
- An den Bund ergeht die Forderung, seine Qualitätsstrategie zügig umzusetzen, in Zusammenarbeit mit den Leistungserbringern und den Patientenorganisationen. Machbar ist dies durch finanzielle Unterstützung der Organisationen, welche die Leistungen evaluieren und deren qualitative Verbesserung befördern.
- Die SP lehnt es ab, der inländischen Pharmaindustrie Privilegien zuzuschancen, die auf Kosten eines freien Zugangs zu Medikamenten oder neuen Therapieformen gingen. Desgleichen dürfen Patientinnen und Patienten, die an seltenen Krankheiten leiden, nicht ihrem Schicksal überlassen werden. Die Erforschung von Medikamenten zur Behandlung seltener Krankheiten ist durch den Bundesrat voranzutreiben und die Rückerstattung der Behandlungskosten zu erleichtern. Doch auch die Privatwirtschaft sollte zur Finanzierung von klinischen Forschungsprojekten zu den seltenen Krankheiten beitragen.
- Betreffend Kontinuität der Behandlungen und Leistungen sowie deren Finanzierung klaffen bedenkliche Lücken beim Wechsel von einer Sozialversicherung zur andern. Dies ist der Fall bei den Geburtsgebrechen, wo die IV bis zum 20. Altersjahr für die Behandlungskosten aufkommt. Sobald die Leistungsempfängerinnen und Leistungsempfänger dann in die Obhut der Krankenkassen kommen, haben sie darunter zu leiden, dass Leistungen plötzlich nicht mehr zugänglich sind. Die SP ist entschlossen, diese Lücken im Gesundheitssystem zu schliessen.
- Es braucht schliesslich eine Harmonisierung von Unfall- und Krankenversicherungsgesetz. Die Krankenversicherung bietet einen schlechteren Schutz als die Unfallversicherung, sowohl auf der Ebene der Finanzierung (keine Franchise und kein Selbstbehalt im UVG) als auch bei den Leistungen (Taggelder oder Renten gemäss UVG). Die SP verlangt, dass die Deckung durch die Krankenversicherung jener durch die Unfallversicherung mindestens ebenbürtig ist.

4

FÜR EINE STARKE VOLKSSCHULE ALS GRUNDLAGE EINER FUNKTIONIERENDEN DEMOKRATIE

Ausgangslage

Unser Schulsystem ist qualitativ hochstehend und ermöglicht allen Kindern den Zugang zu Bildung. Die öffentliche Schule ist fast der einzige Ort, wo sich Kinder und Jugendliche aus allen sozialen und gesellschaftlichen Schichten begegnen und der wichtigste Ort der Integration. In der Realität ist es aber oft so, dass bereits in sehr jungen Jahren Herkunft und sozialer Status der Eltern eine entscheidende Rolle spielen, was die Entwicklungschancen eines Kindes anbelangt. Verantwortlich für die Volksschule sind die Kantone und Gemeinden. Seit der Aufnahme der Bildungsartikel in die Bundesverfassung besteht aber ein Harmonisierungsauftrag namentlich bei den Zielen der Bildungsstufen. Kommt auf dem Koordinationsweg keine Harmonisierung zustande, wird der Bund aktiv, indem er die notwendigen Vorschriften erlässt. HarmoS und Lehrplan 21 – bzw. der Plan d'étude romand in der Romandie und der Piano di studio im Kanton Tessin – sind wichtige Etappen auf dem Weg zu einem chancengerechteren Schulsystem, sofern zur Umsetzung die dazu notwendigen Mittel gesprochen werden.

Das sind unsere Grundsätze

Das Recht auf Bildung ist ein Menschenrecht. Kinder haben vom ersten Lebens- tag an ein Anrecht auf altersgerechte Förderung und Bildung – unabhängig von ihrem legalen Status. Damit sollen die Chancen für eine optimale Entwicklung erhöht werden. Voraussetzung dafür sind neben der kostenfreien Volksschule qualitativ hochstehende und bezahlbare Betreuungsangebote bereits für kleine Kinder sowie Tagesschulen. Zur Bildung gehören nebst der Vermittlung von Wissen die soziale, emotionale, motorische und musische Förderung.

Die SP Schweiz engagiert sich für eine offene und tolerante Schweiz. Dazu gehört die Pflege der Vielfalt der Kulturen und Sprachen, gerade auch in der Schule. Respekt und Toleranz sollen das Zusammenleben prägen. Professionelle Schulleitungen, gute Arbeitsbedingungen, transparente Bildungsstandards und die konstruktive Zusammenarbeit mit den Erziehungsberechtigten sind weitere Voraussetzungen für ein förderndes Lernumfeld. HarmoS bietet einen Rahmen, in welchem diese Ziele realisiert werden können. Mit dem Lehrplan 21 werden Rahmenbedingungen für einen Unterricht geschaffen, der das Kind ins Zentrum stellt. Sparen bei der Bildung führt zu einem langfristigen Schaden und muss entschieden bekämpft werden.

Das hat die SP erreicht

2006 hat die Bevölkerung mit einer überwältigenden Mehrheit den von der SP initiierten Bildungsartikeln in der Verfassung zugestimmt. HarmoS und die regionalen Lehrpläne sind wichtige und von der SP mitgestaltete Projekte, die die in der Verfassung festgeschriebene Grundlage im Schulalltag Realität werden lassen. Die

SP hat im Sinne des nationalen Zusammenhalts starke Impulse in die Debatte zum Fremdsprachenunterricht eingebracht und deutlich gemacht, dass der Unterricht in einer zweiten Landessprache in der Primarschule unverzichtbar ist. In der Verfassung konnte eine von der SP unterstützte Bestimmung zur Musikförderung verankert werden.

Das will die SP 2015 bis 2019 erreichen

- Die Bildungschancen eines Kindes sind immer noch zu stark von der Herkunft und der Stellung der Eltern abhängig. Wir setzen uns für kostenfreie Tagesschulen und einkommensabhängig finanzierte zusätzliche Tagesstrukturen ein. Dazu gehören auch sportliche, handwerkliche und musische Angebote.
- Die Harmonisierung der Schule gemäss Bundesverfassung muss weiter vorangehen. Die verpflichtenden Teile von HarmoS sollen allgemeinverbindlich erklärt werden, wenn die Harmonisierung zwischen den Kantonen nicht auf dem Koordinationsweg zum Tragen kommt.
- Der Lehrplan 21 soll in den Deutschschweizer Kantonen mit den dazu notwendigen Ressourcen und von den jeweils kompetenten Fachgremien eingeführt werden, wie dies die Westschweiz bereits umgesetzt hat. Das setzt entsprechende Lehrmittel, wo nötig individuelle Unterstützung und Unterrichtseinheiten in kleinen Gruppen sowie die Weiterbildung der Lehrkräfte voraus.
- Aus Gründen der Chancengerechtigkeit wollen wir eine Schule, die bis zum Ende der Schulpflicht ohne Selektion auskommt. Wir setzen uns für flexible Übergänge und individuelle Förderung ein statt Klassenwiederholungen, Sonder- oder Einführungsklassen.
- Kinder mit besonderen Bedürfnissen sollen so weit als möglich in der Regelschule unterrichtet werden. Voraussetzung sind entsprechende Ressourcen und Fachpersonen, die die Klasse und die Lehrkräfte unterstützen.
- Die Aus- und Weiterbildung, die Arbeitsbedingungen und die Entlohnung der Lehrkräfte sind wichtige Aspekte, damit diese ihrer anspruchsvollen Aufgabe nachkommen können. Wir setzen uns für entsprechende gute Rahmenbedingungen ein.
- Der Unterricht einer zweiten Landessprache in der Primarschule muss in allen Kantonen obligatorisch bleiben. Ergänzend soll ein systematischer und flächendeckender Sprachaustausch für Schülerinnen und Schülern und für Lehrpersonen stattfinden. Die Idee der zweisprachigen Schulen insbesondere in zweisprachigen Kantonen soll verstärkt werden. Bei fremdsprachigen Kindern muss neben dem möglichst frühen Erwerb der Schulsprache die Erstsprache gefördert werden.
- Die Schule soll Kinder und Jugendliche auf ihr Leben als mündige Bürgerinnen und Bürger vorbereiten. Das setzt voraus, dass die politische Bildung einen festen Platz im Lehrplan hat. Junge Menschen sollen mit 16 Jahren das aktive Stimm- und Wahlrecht ausüben können.
- Wir setzen uns für eine konsequente Umsetzung des Musikförderartikels ein.

5 FÜR EINE STARKE BERUFSBILDUNG UND DIE LEBENSLANGE AUS- UND WEITERBILDUNG

Ausgangslage

Bildung ist für die persönliche Entwicklung und die Möglichkeit, ein selbstbestimmtes Leben führen zu können, eine zwingende Voraussetzung. Zwischen Bildung, beruflichen Chancen und Armut besteht ein Zusammenhang. Die Arbeitslosenquote von 26- bis 54-Jährigen ohne nachobligatorische Ausbildung ist über zweieinhalb Mal höher als bei gleichaltrigen Fachkräften. Bei den Sozialhilfebezügerinnen und Sozialhilfebezügern ist ein generell tiefes Ausbildungsniveau festzustellen. Von wirtschaftlichen Schwankungen sind sie besonders betroffen und bei einem Arbeitsplatzverlust sind ihre Arbeitsmarktchancen gering. Unsere duale Berufsbildung leistet einen unverzichtbaren Beitrag, um jungen Menschen eine sinnstiftende Tätigkeit zu ermöglichen, die ihnen in einer sich schnell wandelnden Arbeitswelt ein Auskommen ermöglicht. Mit Berufsmaturität und Fachhochschulen besteht die Möglichkeit, sich auf hohem Niveau aus- und weiterzubilden.

Das sind unsere Grundsätze

Die Durchlässigkeit des Systems muss gestärkt werden. Sie ist eine zentrale Voraussetzung für Chancengerechtigkeit. Auch die Integration schulisch schwächerer Jugendlicher ist aus sozialen und gesellschaftlichen Gründen wichtig. Dem durch die Annahme der Masseneinwanderungsinitiative verschärft drohenden Fachkräftemangel muss aktiv entgegengewirkt werden. In der Bevölkerung besteht ein grosses Potential, um die Fachkräfteknappheit zu entspannen. Instrumente für die Nachholbildung Erwachsener sind vorhanden, dazu gehören das Nachholen des Lehrabschlusses, die Förderung der Grundkompetenzen, Validierungsverfahren oder der Wiedereinstieg. Zentral sind auch die Weiterbildungsmöglichkeiten für alle in jeder Lebensphase, um Fähigkeiten und Erfahrungen optimal nutzen zu können. Dabei ist besonderen Bedürfnissen Rechnung zu tragen, beispielsweise was Wiedereinsteigerinnen und Wiedereinsteiger, Arbeitnehmende mit Betreuungspflichten oder Migrantinnen und Migranten betrifft. Das grösste Hindernis, mangelnde finanzielle und zeitliche Ressourcen, ist durch Massnahmen wie z. B. einen Weiterbildungsurlaub zu beseitigen. Gerade auch ältere Arbeitnehmende sollen ihre grosse Erfahrung einbringen können und unterstützt werden, damit sie im Arbeitsprozess bleiben bzw. wieder einsteigen können.

Das hat die SP erreicht

Aufgrund des Bildungsartikels in der Verfassung wurde der Bund beauftragt, ein Weiterbildungsgesetz zu erarbeiten. Dieses wurde von der SP stark mitgeprägt. Auch wenn die SP weitergehende Bestimmungen gewollt hat wie z. B. einen bezahlten Weiterbildungsurlaub, so konnten doch wichtige Anliegen aufgenommen werden. Dazu zählt die Förderung der Grundkompetenzen wie Lesen, Schreiben, Rechnen

und der Kenntnisse im Umgang mit Computer und Internet. In der Berufsbildung hat sich die SP für eine ausreichende Finanzierung stark gemacht und dafür, dass die Berufsbildung gegenüber anderen Ausbildungswegen einen gleichwertigen und anerkannten Stellenwert hat.

Das will die SP 2015 bis 2019 erreichen

- Die Abschlussquote auf Sekundarstufe II muss von rund 90 Prozent auf mindestens 95 Prozent erhöht werden. Die Gestaltung der Übergänge von der obligatorischen Schule bis zum Erwerbseinstieg muss sorgfältig begleitet werden.
- Es gibt Jugendliche, die keine Lehrstelle finden und Unternehmen, die offene Stellen nicht besetzen können. Mit gezielten Massnahmen ist darauf hinzuwirken, dass Angebot und Nachfrage in Übereinstimmung kommen.
- Die Bundesbeiträge zur Mitfinanzierung von innovativen Projekten in der Berufsbildung müssen das Case Management weiterhin fördern. Brückenangebote, Vorlehren, Praktika oder Mentoring sind wichtig für Jugendliche, die Gefahr laufen, aus dem System zu fallen.
- Der gesetzliche Schutz junger Arbeitskräfte (16-Jährige dürfen nicht mehr als 9 Stunden pro Tag arbeiten, für Lernende ist Sonntagsarbeit verboten) muss konsequent eingehalten werden, damit ihre körperliche und psychische Entwicklung nicht beeinträchtigt wird.
- Die Berufsbildung muss mit dem Umbau der Wirtschaft, mit gesellschaftlichen und technologischen Entwicklungen Schritt halten. Insbesondere Berufe und Ausbildungen im Bereich Cleantech müssen aufgebaut bzw. weiterentwickelt werden.
- Die Fachkräfteinitiative des Bundes ist zu stärken, unter anderem durch konsequente Nach- und Höherqualifizierung der Arbeitnehmenden, namentlich was Gesundheits- oder «MINT-Berufe» angeht (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technik).
- Der Wandel der Arbeitswelt und die heterogener werdende Gesellschaft verlangen bedürfnisgerechte Angebote bei der Weiter- und Nachholbildung insbesondere für Frauen, Arbeitskräfte über 50 Jahren und solche mit Betreuungspflichten. Die Bildungskosten der beruflichen Nachhol- und Weiterbildung sollen finanziert, die Möglichkeit eines beschränkten Erwerbssersatzes soll geschaffen werden.
- Über-40-Jährige sollen von kostenlosen Beratungsangeboten profitieren. Diese Beratung soll auf ihren Kompetenzen aufbauen, um es ihnen zu ermöglichen, bis zur Pensionierung in ihrem Tätigkeitsgebiet leistungsfähig zu bleiben oder sich auf eine berufliche Neuorientierung vorzubereiten.
- Es braucht Angebote für Erwachsene ohne Ausbildung oder solche ohne anerkannten Abschluss. Berufserfahrung soll als Qualifikation angerechnet werden können. Wir setzen uns für einen modularen Bildungsaufbau ein.
- Der Staatskundeunterricht in der Allgemeinbildung junger Leute auf Sekundarstufe II muss gefördert werden. Demokratische Mitsprache und Mitgestaltung sind Voraussetzungen für eine gelebte Demokratie.

6 FÜR STARKE HOCHSCHULEN UND MEHR INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT IN FORSCHUNG UND WISSENSCHAFT

Ausgangslage

Bildung, Wissenschaft, Forschung und Innovation sind zentrale Ressourcen der Schweiz. Unsere Hochschulen lehren und forschen auch im internationalen Vergleich auf einem Spitzenniveau. Die Fachhochschulen mit ihrem Praxisbezug bieten eine gleichwertige Alternative. Dieser positiven Ausgangslage tragen Bund und Kantone nicht ausreichend Rechnung. Die Bildungsausgaben entsprechen nicht den Bedürfnissen. Nach wie vor besteht auch ein Zusammenhang zwischen Herkunft, finanziellen Möglichkeiten der Eltern und Bildungsweg.

Die Internationalität hat stark an Bedeutung gewonnen. Durch die Sistierung der Verhandlungen über die Assoziierung der Schweiz an die Bildungs- und Forschungsprogramme der EU befinden sich Studierende, Forschende, Hochschulen und Unternehmen aber in einer unklaren Situation. Nachwuchswissenschaftlerinnen und Nachwuchswissenschaftler sowie Spitzenforschende sind vom Wettbewerb für Forschungsprojekte (Grants) des Europäischen Forschungsrats ausgeschlossen.

Das sind unsere Grundsätze

Die Qualität von Lehre und Forschung ist der Schlüssel zu einem Hochschulsystem, das auf Exzellenz beruht. Bei Wissenschaft und Forschung geht es nicht nur um wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit, sondern auch darum, Lösungen für gesellschaftliche Probleme zu erarbeiten. Herausforderungen wie Klimawandel oder Energiewende bedürfen Disziplinen übergreifender und international vernetzter Forschung. Drittmittel spielen eine wichtige Rolle für einige Hochschulen. Die private Finanzierung darf aber die Unabhängigkeit und Freiheit der Lehre und Forschung nicht in Frage stellen. Es braucht Transparenz und eine Begrenzung dieser Mittel. Die materielle Harmonisierung des Stipendienwesens muss mit dem Ziel der Chancengerechtigkeit weiter vorangetrieben werden. Die Assoziierung an die Bildungs- und Forschungsprogramme der EU muss baldmöglichst angestrebt werden, um damit auch dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken. Die Höhere Berufsbildung (Tertiär B) muss mehr Anerkennung und Wertschätzung erfahren, ohne dass damit die anderen Bildungsbereiche unter Druck kommen.

Das hat die SP erreicht

Die von der SP initiierten Bildungsartikel sind die Voraussetzung für einen koordinierten Bildungsraum Schweiz, mit dem die Qualität von Bildung, Lehre und Forschung gefördert wird. Das Hochschulförder- und Koordinationsgesetz wurde von der SP stark mitgeprägt mit dem Ziel, die Qualität der Hochschulbildung zu stärken. Die SP hat bei der Erarbeitung des Forschungs- und Innovationsförderungsgesetzes einen zentralen Beitrag geleistet und damit Rolle und Aufgaben von SNF (Schweizerischer Nationalfonds) und KTI (Kommission für Technologie und Innovation) geklärt und

gestärkt. Bei den Krediten für Bildung, Forschung und Innovation (BFI) hat sich die SP für eine ausreichende Finanzierung eingesetzt. Dank der SP konnte eine Verdoppelung der Studiengebühren an den beiden ETH verhindert werden. Sie hat die Debatte zum Stipendienwesen massgeblich mitgeprägt.

Das will die SP 2015 bis 2019 erreichen

- Der BFI-Kredit 2016 bis 2019 muss mit genügend Mitteln ausgestattet werden. Es braucht eine verlässliche Finanzierung, die eine langfristige Planung ermöglicht. Voraussetzung sind transparente Finanzflüsse.
- Die SP wird sich weiterhin für eine Förderung von Forschung und Innovation stark machen, namentlich in Bereichen, in denen die Schweiz vor grossen Herausforderungen steht wie bei der Energieeffizienz oder den erneuerbaren Energien.
- Der Anteil der privaten Mittel bei der Finanzierung der ETH wächst, während die öffentliche Finanzierung nicht so schnell steigt wie die Anzahl Studierende. Es braucht Transparenz und eine Begrenzung der Finanzierung über private Mittel, um die Unabhängigkeit von Forschung und Lehre sicherzustellen.
- Es braucht eine Strategie zur Behebung des Fachkräftemangels im tertiären Bildungsbereich und insbesondere Massnahmen, um der Nachfrage nach Medizinerinnen und Medizinern und nach Fachpersonal in den Pflegeberufen gerecht zu werden.
- Die volle Assoziierung an die Bildungs- und Forschungsprogramme der EU – Erasmus plus und Horizon 2020 – muss möglichst bald angestrebt werden. Es braucht Übergangslösungen, um die negativen Auswirkungen während der Phase der Nichtassoziiierung zu mildern.
- Es braucht Massnahmen zur Förderung und Karriereplanung des einheimischen Nachwuchses. So sollen auf der Postdoc-Stufe u.a. Massnahmen geprüft werden, die zu einer Erhöhung von Assistenzprofessuren mit Aufstiegsperspektiven (Tenure Track) führen. Bei vergleichbarer Qualifikation gilt der Frauenvorrang.
- In der BFI-Botschaft müssen zusätzliche Mittel für Stipendien vorgesehen und der Anteil des Bundes an die Ausbildungsbeiträge soll erhöht werden. Dabei muss sichergestellt sein, dass die Kantone ihre Beiträge nicht reduzieren. Wir wehren uns weiterhin gegen eine Erhöhung der Studiengebühren.
- Die Frauenförderung muss auf allen Stufen weitergeführt werden, insbesondere in Fachbereichen, wo er statistisch gesehen tief ist. Gleichstellungsprogramme müssen weitergeführt werden.
- Die SP kämpft für eine stärkere Anerkennung der Höheren Berufsbildung. Der europäische Qualifikationsrahmen soll eine Referenz werden, was die Evaluation und die Bewertung der beruflichen Kompetenzen durch Bildungsinstitutionen und Arbeitgebende betrifft.
- Die Vorbereitungskurse für die höheren Fachprüfungen sind für die Kandidierenden mit hohen Kosten verbunden. In der BFI-Debatte wird sich die SP dafür einsetzen, dass der Bund zusätzliche Mittel spricht.

FINANZ- UND WIRTSCHAFTS- POLITIK



7

FÜR EINEN ARBEITSMARKT IM INTERESSE ALLER LOHNABHÄNGIGEN

Ausgangslage

Die wirtschaftlichen, technologischen und gesellschaftlichen Veränderungen der letzten dreissig Jahre haben die Arbeitsgesellschaft tiefgreifenden Umbrüchen unterworfen. Neue kreative Branchen entstehen, während traditionelle Berufe unter Druck geraten. Das rechtlich vielfach vorausgesetzte Normalarbeitsverhältnis – unbefristet und mit geregelten Arbeitszeiten – verliert an Bedeutung. Das Arbeitsleben vieler Menschen ist von einem Wechsel zwischen abhängiger Beschäftigung, Nichterwerbstätigkeit, Phasen der Familienarbeit und Selbständigkeit bestimmt. Die Arbeitssituation vieler Lohnabhängiger wird individualisiert, was historisch gewachsene Solidaritäten schwächt. Rechte und Ansprüche der Lohnabhängigen werden schleichend ausgehöhlt.

Trotz personellen Engpässen in bestimmten Branchen sind wir von der Vollbeschäftigung weit entfernt. Ältere Erwerbslose und wenig qualifizierte Arbeitnehmende haben – einmal arbeitslos – kaum mehr Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Viele Junge finden oft nur schwer einen Einstieg ins Erwerbsleben und riskieren, von einem Praktikum ins nächste weitergereicht zu werden. Die Löhne vieler Lohnabhängiger werden unter dem Vorwand der Standortkonkurrenz gedrückt, während die Managerlöhne explodieren. All das zeigt, dass sich der Konflikt zwischen Arbeit und Kapital zuspitzt – und zwar zulasten der Lohnabhängigen und des Gemeinwohls.

Das sind unsere Grundsätze

Die Erwerbsarbeit ist für die meisten erwachsenen Menschen sinnstiftend und neben der Familie nach wie vor der wichtigste Lebensinhalt. Existenzsichernde Löhne sind das beste Mittel im Kampf gegen die Armut und die entscheidende Voraussetzung für ein selbstbestimmtes Leben. Daraus ergibt sich das Grundrecht auf Arbeit, das die SP verteidigt und einfordert. Weil der Erwerbsarbeit ein derart grosser Stellenwert zukommt und weil es die Lohnabhängigen sind, die den Mehrwert fürs Kapital schaffen, braucht es substantielle Mitbestimmungsrechte am Arbeitsplatz.

Für die SP sind die Integration der Menschen in den Arbeitsmarkt, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie die Chancengleichheit wirtschaftspolitisch entscheidend für die Zukunft unseres Landes. Die Schweiz hat im Vergleich zu den Nachbarstaaten einen sehr flexiblen Arbeitsmarkt. Das bedingt im Gegenzug eine aktive Arbeitsmarktpolitik und ein ausgebautes soziales Sicherungsnetz. Eine mit Beiträgen auf den gesamten Lohn finanzierte Arbeitslosenversicherung muss allen Erwerbslosen den Erwerbsausfall sichern und die Integration in den Arbeitsmarkt gewährleisten.

Neue Arbeitsplätze kann der Staat mit einer Industriepolitik schaffen. Die Schweiz hat in der Vergangenheit aus ideologischen Gründen auf eine solche Politik verzichtet.. Es braucht eine langfristig orientierte Industriepolitik. Entscheidende Instrumente

sind dabei die staatlichen Investitionen in die Infrastruktur des öffentlichen Verkehrs, in die Bildung, das Gesundheitswesen und natürlich in den ökologischen Umbau. Angesichts der Aufhebung des Euro-Mindestkurses durch die SNB wird die SP dafür kämpfen, dass dies nicht zum Vorwand genommen wird, Arbeitnehmendenrechte sowie Löhne und Arbeitszeiten anzugreifen.

Das hat die SP erreicht

Der SP ist es gelungen, unsere Anforderungen einer aktiven Arbeitsmarktpolitik in die politischen Diskussionen einzubringen und zu verteidigen. Dank dem massiven Druck der SP hat die Nationalbank eine Untergrenze des Euros zum Franken festgelegt. Das war eine der wirksamsten Massnahmen zum Schutz der Arbeitsplätze in der Schweiz. Zudem wurde während der Wirtschaftskrise mit der Ausweitung der Kurzarbeit ein entscheidender Beitrag zur Konjunkturstabilisierung geleistet.

Das will die SP 2015 bis 2019 erreichen

- Arbeitsverhältnisse mit untypischen Arbeitszeiten sowie Arbeit auf Abruf dürfen nicht zum Regelfall werden und müssen zusätzlich entschädigt werden.
- Der Sonntag darf nicht zu einem normalen Werktag werden. Weitere Deregulierungsversuche werden konsequent bekämpft.
- Die Möglichkeit zur Teilzeitarbeit für Frauen und Männer muss auf allen Funktionsstufen gefördert werden. Die Förderung von Teilzeitarbeit für Männer ist wichtig, um auch Vätern die Familienarbeit zu ermöglichen.
- Zum Schutz der Lohnabhängigen sind das Arbeitsrecht und die Sozialversicherungen zu überprüfen und auszubauen.
- Der wirtschaftliche Strukturwandel muss vom Staat aktiv begleitet werden. Dies bedeutet in erster Linie Investitionen in bessere Aus- und Weiterbildung.
- Die SP setzt sich für eine Demokratisierung der Wirtschaft ein. Vorab in grösseren Unternehmen braucht es bei strategischen Fragen substantielle Mitbestimmungsrechte für die Lohnabhängigen.
- Die SP setzt sich für einen staatlichen KMU-Fonds ein, der die Umwandlung von Betrieben, die keine Nachfolge finden oder aus reinem Renditedenken aufgegeben werden sollen, in Genossenschaften möglich macht.
- Der Kündigungsschutz muss ausgebaut werden. Unternehmen, die Gewinn erwirtschaften, dürfen keine Arbeitnehmende aus wirtschaftlichen Gründen entlassen. Eine Pflicht zur Gestaltung der Arbeitsverhältnisse zwischen den Sozialpartnern mit Gesamtarbeitsverträgen muss eingeführt werden.
- Die Hürde für die Erklärung der Allgemeinverbindlichkeit von Gesamtarbeitsverträgen muss gesenkt werden.
- Die Chancen von älteren Arbeitnehmenden auf dem Arbeitsmarkt müssen verbessert werden. Alle Erwerbstätigen müssen das Recht auf sechs Wochen Ferien und einen bezahlten Weiterbildungsurlaub von jährlich mindestens fünf Tagen erhalten. Für die immer teureren Weiterbildungen braucht es Finanzierungshilfen, die gezielter wirken als Steuerabzüge (Weiterbildungsgutscheine).
- Der Anteil von Frauen in Führungspositionen muss gezielt erhöht werden.

8 FÜR FAIRE LÖHNE FÜR ALLE

Ausgangslage

Seit Jahren hinken in der Schweiz die Löhne der Arbeitnehmenden der Produktivitätsentwicklung hinterher. Mit dem Vorwand der Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit wurde den Lohnabhängigen der gerechte Anteil am Unternehmenserfolg auch bei hohen Unternehmensgewinnen vorenthalten. Das führte bei steigenden Kosten für den Lebensunterhalt, insbesondere Krankenkassenprämien und Mieten, zu einer Senkung der verfügbaren Einkommen. Die Einkommensschere hat sich weiter geöffnet: Seit 2002 sind die obersten 10 Prozent der Löhne um 15 Prozent gestiegen. Die untersten 10 Prozent nur um 3 Prozent und die Durchschnittslöhne um 7 Prozent. Die Schweiz hat heute 30mal mehr Lohnmillionäre als vor 30 Jahren.

Die Lohnschere hat sich zwischen den Geschlechtern nicht verringert. Der Lohnunterschied beträgt nach wie vor durchschnittlich 19 Prozent, wobei 8 Prozent direkt auf die Geschlechtsdiskriminierung zurückzuführen sind. Der Arbeitsmarkt ist zudem nach den Geschlechtern horizontal segregiert, das bedeutet, dass es nach wie vor eine ausgeprägte Spaltung in Männer- und Frauenberufe gibt.

Das sind unsere Grundsätze

Die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte müssen erhöht werden. Das stärkt auch die Binnennachfrage. Der Produktionsfaktor Arbeit muss gerechter entlohnt werden. Jede Frau und jeder Mann muss die Möglichkeit haben, mit der eigenen Erwerbsarbeit die Existenz zu sichern. Dazu braucht es gesetzliche oder aufgrund von GAVs bindende Mindestlöhne von mindestens 4000 Franken monatlich. Dieses in fast allen Staaten Europas gesetzlich geregelte Instrument hilft gegen Lohndumping auch in der Schweiz. Es kann nicht sein, dass Arbeitnehmende insbesondere im Gastgewerbe, in der Landwirtschaft oder in der Reinigungsbranche trotz hundertprozentigem Arbeitseinsatz ihre Existenz nicht finanzieren können. Die Schweiz darf sich keine «working poor» leisten. Die Aufhebung des Mindestkurses ist kein Grund jetzt Druck auf die Löhne auszuüben. Insbesondere der bürgerliche Versuch, mit Löhnen in Euro oder mit tieferen Löhnen für Grenzgänger und Grenzgängerinnen Lohndumping zu betreiben, ist inakzeptabel.

Umgekehrt sind die höchsten Löhne längst von der wirtschaftlichen Leistung der Empfänger abgekoppelt. Die Löhne der Topkader werden nicht von einem Markt sondern von einem kleinen Kartell von Headhuntern, interessierten Managern und Verwaltungsräten bestimmt. Jahresentschädigungen in zweistelliger Millionenhöhe haben mit Leistungslöhnen überhaupt nichts mehr zu tun. Im Gegenteil: Lohnexzesse an der Spitze führen zu falschen Anreizen, wie uns die globale Finanzkrise brutal vor Augen geführt hat. Die exorbitanten Entschädigungen in den Teppichtagen müssen mit gesetzlichen Regeln wie einer maximalen Lohnspanne korrigiert werden.

Das hat die SP erreicht

Auch dank der SP sind die exorbitanten Manager-Saläre und die Diskrepanz zu den stagnierenden Reallöhnen der Mehrheit der Arbeitnehmenden zum öffentlichen Thema geworden. Die SP hat als einzige Bundesratspartei die Abzocker-Initiative unterstützt und mit der 1:12-Initiative der Juso ein überzeugendes Gegenmodell aufgezeigt. Die von der SP mitlancierte Mindestlohninitiative und die damit verbundene Tieflohndebatte haben zu einem Anstieg der Mindestlöhne insbesondere im Detailhandel und der Uhrenbranche geführt.

Das will die SP 2015 bis 2019 erreichen

- Die Löhne der Frauen müssen mit gesetzlichen Massnahmen auf das Niveau der Männerlöhne angehoben werden. In einem ersten Schritt darf der Lohnunterschied maximal noch 5 Prozent betragen. Und da der freiwillige Lohndialog gescheitert ist, braucht es dazu zwingend staatliche Massnahmen.
- Massnahmen zur Bekämpfung von Lohndiskriminierungen aufgrund von Herkunft, Nationalität, Geschlecht und sexueller Orientierung werden eingefordert und unterstützt.
- Die Hürde für die Erklärung der Allgemeinverbindlichkeit von Gesamtarbeitsverträgen muss gesenkt werden.
- Substanzuelle Mitbestimmungsrechte der Arbeitnehmenden in den Unternehmen sollen einen wichtigen Beitrag zu mehr Lohngerechtigkeit leisten. Gerechte Formen von Gewinnbeteiligung für die Lohnabhängigen müssen ausgebaut werden.
- Die Bezüge der Unternehmensspitzen in Publikumsgesellschaften – Management und Verwaltungsräte – müssen in einem nachvollziehbaren Verhältnis zur erbrachten Leistung sowie zur Entwicklung der Unternehmung und der übrigen Löhne stehen. Andernfalls sind sie als Gewinnausschüttung zu betrachten und entsprechend zu versteuern. Die variablen Entschädigungen ab 250 000 Franken sind zusätzlich zu besteuern. Sie schaffen falsche Anreize.
- Vertraglich vereinbarte «Goldene Fallschirme» (Abgangsentschädigungen), Antrittsprämien oder Entschädigungen im Zusammenhang mit Konkurrenzverboten für die Unternehmensspitzen sind zu verbieten oder mindestens zu beschränken.

9

FÜR EINE GERECHTE FINANZ- UND STEUERPOLITIK OHNE SCHLUPFLÖCHER

Ausgangslage

Die schweizerische Finanzpolitik der letzten Jahre war von wiederholten Steuersenkungen und in deren Folge von Aufgabenüberprüfungen und Sparprogrammen geprägt. Diese Politik der leeren Kassen ist umso stossender, als die Schweiz im internationalen Vergleich solide Finanzen und eine äusserst tiefe Staatsverschuldung aufweist. Tiefe Steuer- und Sozialabgaben führen entgegen dem neoliberalen Credo nicht zu höherem Wirtschaftswachstum. Entscheidend ist vielmehr die sinnvolle Verwendung der Steuereinnahmen beispielsweise für Investitionen in den ökologischen Umbau, in Infrastruktur, Bildung und den Service Public. Ein gerechtes und einfaches Steuersystem ist zudem Voraussetzung für das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in den Staat.

Das sind unsere Grundsätze

Die SP bekennt sich zu einem langfristig ausgeglichenen Staatshaushalt. Eine kluge Finanzpolitik stärkt aber bei schwacher Nachfrage die Kaufkraft und öffnet in einer Boomphase Reserven für die Zukunft. Anders die ständigen Steuersenkungen für hohe Einkommen, hohe Vermögen sowie Grossunternehmen: Sie verhindern einen nachhaltigen Budgetausgleich und bremsen die öffentliche Investitionstätigkeit.

Wer heute – wie viele Spitzenmanager – einen Teil des Lohnes in Form von Aktien und Optionen erhält, wird mit Teilbesteuerungen bevorzugt. Private Kapitalgewinne entgehen – abgesehen von Grundstücksgewinnen in den Kantonen – der Besteuerung. Die Teilbesteuerung von Dividenden sowie die Abschaffung der Erbschaftsteuer für direkte Nachkommen in vielen Kantonen haben neue Steuerprivilegien geschaffen.

Der Verzicht auf Steuereinnahmen wird vielfach mit höheren Gebühren und Tarifen kompensiert. Gebühren belasten aber die unteren und mittleren Einkommen sowie die KMU am stärksten.

Die SP will ein gerechtes Steuersystem, das der wachsenden Schere zwischen Arm und Reich entgegenwirkt. Dort, wo sich das Vermögen ansammelt, ohne dass Arbeitsleistungen erbracht werden, also bei Erbschaften, bei Kapital-, Zins-, und Grundstücksgewinnen sowie Finanztransaktionen, soll die Besteuerung verstärkt werden. Mit den zusätzlichen Einnahmen sollen u.a. Einkommens- und Mehrwertsteuern sowie unvermeidbare Gebühren gesenkt werden. Steuerschlupflöcher wie die Pauschalbesteuerung sind abzuschaffen und Steuerabzüge generell zu minimieren. Denn von Abzügen profitieren vor allem hohe Einkommen.

Die kantonalen Unterschiede in der Steuerbelastung sind mittlerweile so hoch, dass die interkantonale Solidarität und damit der nationale Zusammenhalt gefährdet sind: Der Steuerwettbewerb kennt mit Ausnahme einiger weniger mobiler Steuerpflichtiger mit grossen Einkommen und Vermögen nur Verlierer und Verliererinnen.

Das hat die SP erreicht

Dank der SP wurde – nach einer Reihe von Steuersenkungspaketen für Unternehmen und hohe Einkommen – endlich auch eine Reform zugunsten der Familien realisiert: Der Steuerrabatt pro Kind vom Steuerbetrag ermöglicht eine faire Lösung, die nicht einfach hohe Einkommen bevorzugt. Erfolgreich konnte die SP in den letzten Jahren mehrere bürgerliche Steuervorlagen verhindern, die einzig als Steueroptimierungsvehikel für hohe Einkommen konzipiert waren. Der Kampf der SP gegen die Steuerhinterziehung war erfolgreich.

Das will die SP 2015 bis 2019 erreichen

- Die SP will einen starken Staat, der im Interesse der kommenden Generationen Investitionen tätigt, die soziale Sicherheit garantiert, den ökologischen Umbau der Wirtschaft aktiv unterstützt und mit einem handlungsfähigen Finanzhaushalt die Voraussetzungen für ein langfristiges Wachstum schafft.
- Die Schuldenbremse muss korrigiert werden, damit dieses enge Ausgabenkorsett nicht den nötigen Infrastrukturausbau verhindert. Investitionen müssen bei der Berechnung des Ausgabenspielraums ausgeklammert werden.
- Jede Einkommensart – ob Lohn, Rente, Erbschaft, Dividende, Kapitalgewinn – ist nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und in Form einer Individualbesteuerung unabhängig von Zivilstand, Geschlecht oder Nationalität zu besteuern.
- Die anstehende Unternehmenssteuerreform (USR III) darf nicht zu neuen Privilegien und Ungerechtigkeiten führen. Sie darf vor allem nicht die Unternehmen auf Kosten der Haushalte weiter entlasten.
- Mit der Einführung einer Erbschafts- und Schenkungssteuer auf Bundesebene muss die Steuergerechtigkeit verstärkt werden.
- Die Unterscheidung zwischen Steuerhinterziehung und Steuerbetrug muss auch im Inland beseitigt werden.
- Steuerbetrug, Steuerhinterziehung und andere Missbräuche müssen konsequent bekämpft werden. Dazu brauchen die Steuerverwaltungen zusätzliche personelle Ressourcen und die gleichen Informationen wie die ausländischen Steuerbehörden. Die Schweiz muss auf internationaler Ebene gegen die Nicht- oder Minderbesteuerung von Unternehmen hinarbeiten.
- Es braucht einen neuen Anlauf für eine vernünftige ökologische Steuerreform: Nach dem Verursacherprinzip sollen jene mehr zahlen, die die Umwelt stärker belasten. Eine solche Reform darf nicht auf Kosten der tieferen Einkommen gehen und die Finanzierung des Staates gefährden.
- Der exzessive Steuerwettbewerb zwischen den Kantonen muss eingeschränkt werden. Die SP fordert deshalb klare Regeln im Rahmen des Finanzausgleichs NFA, insbesondere gegen die missbräuchliche Verwendung von NFA-Geldern in finanzschwachen Kantonen für weitere Steuersenkungen.
- Kerngemeinden und Städte mit Zentrumsfunktion bieten wichtige Dienstleistungen an, von denen Gemeinden aus dem Agglomerationsgürtel profitieren: Es braucht ein intelligentes und solidarisches Steuersystem über das sich alle Gemeinden an der Kostendeckung beteiligen.

FÜR EINEN SAUBEREN FINANZPLATZ IM DIENSTE DER GESAMTWIRTSCHAFT

Ausgangslage

Mit immer riskanteren Wachstumsstrategien und teilweise grotesken Renditeerwartungen hat sich der Finanzplatz in den letzten Jahren immer stärker vom Werkplatz abgekoppelt. Die Finanzkrise 2008 hat als Ausgangspunkt der globalen Wirtschaftskrise ungeschönt offen gelegt, wohin diese Geschäftspolitik führt. Dessen ungeachtet versuchen die Akteure des Finanzplatzes die international und national nötigen Regulierungen mit Kosten- und Wettbewerbsargumenten zu verwässern. Dabei ist eine schärfere Regulierung im volkswirtschaftlichen Interesse. Nur so kann den Reputationsschäden der vergangenen Jahre wirksam begegnet werden. Ein tadelloser Ruf des Finanzplatzes ist gerade für die Schweiz unverzichtbar. Nur so kann die Branche international in Zukunft erfolgreich bestehen und mit ihr die Arbeitsplätze der Finanzbranche. Eine intelligente Regulierung muss Missbräuche verhindern und gleichzeitig die nützlichen Funktionen von Finanz- und Kapitalmärkten im Dienst des Werkplatzes garantieren.

Das sind unsere Grundsätze

Die globale Finanzkrise hat gezeigt, dass die Akteure der Finanzmärkte kontrolliert werden müssen. Die vergangenen Jahre von Deregulierung und Selbstregulierung haben zu grossen Folgeschäden geführt, die von der Gesellschaft getragen werden mussten.

In der Schweiz besteht insbesondere noch die unfreiwillige faktische Staatsgarantie für Grossbanken («Too big to fail»). Das führt zu falschen Anreizen. Die Kosten trägt die Gesellschaft. Das ganze Land befindet sich noch immer in Geiselhaft der grossen Banken. Das wirksamste Mittel dagegen sind massiv mehr Eigenmittel, die die Banken zu einer Redimensionierung und womöglich zu einer Aufspaltung zwingen. Die juristischen und wirtschaftlichen Folgen des verfehlten Geschäftsmodells mit dem «Steuerhinterziehungsgeheimnis» in den USA wie auch in Europa zeigt den weiteren Handlungsbedarf auf. Nötig ist eine konsequente Weissgeld-Strategie für den ganzen Finanzplatz. Alle Banken und anderen Finanzintermediäre in der Schweiz müssen auf die Vermögensverwaltung mit unsteuerter Geldern (unabhängig vom Herkunftsland) verzichten. Die Schweiz darf bei der Einführung des automatischen Informationsaustausches (AIA) im Rahmen der OECD nicht wieder auf Zeit spielen. Hoffnungslose und für die Volkswirtschaft kostspielige Rückzugsgefechte für ein längst überholtes Steuerhinterziehergeheimnis können und dürfen wir uns nicht leisten. Nicht die regulatorische Arbitrage sondern die Qualität der Finanzdienstleistungen muss massgebend sein.

Das hat die SP erreicht

Der (jahrzehntelange) Kampf der SP gegen das Geschäftsmodell des Finanzplatzes, der auf die Verwaltung von Steuerfluchtgeldern setzt, hat endlich obsiegt. Die Strategie des sauberen Finanzplatzes ist heute politisch mehrheitsfähig. Mit der Akzeptanz von Artikel 26 im Amtshilfeverfahren in Steuersachen mit OECD-Ländern wurde endlich die Unterscheidung von Steuerhinterziehung und Steuerbetrug verabschiedet. Dank dem Druck der SP wurden in jüngster Zeit verschiedene Regulierungsprojekte zum Schutz der Kundinnen und Kunden wie das Finanzdienstleistungsgesetz aufgeleitet.

Das will die SP 2015 bis 2019 erreichen

- Der Finanzplatz muss seine Vergangenheit als Steuerfluchthafen überwinden. Dazu müssen die Banken gesetzlich verpflichtet werden, nur noch steuerdeklarierte Kundenvermögen anzunehmen. Die geplante Einführung des automatischen Informationsaustausches (AIA) mit den wichtigsten Industriestaaten ist ein wichtiger Schritt dazu. Zusätzliche Instrumente wie u.a. Quellensteuern braucht es für das Geschäft mit Schwellen- und Entwicklungsländern. Alle unversteuerten Altlasten bei Schweizer Banken müssen in einem geordneten Prozess mit ausreichend langen Übergangsfristen legalisiert werden. Dazu braucht es gesetzliche Regelungen in den Herkunftsländern der Vermögen.
- Der AIA soll auch im Inland eingeführt werden. Die Bankgeheimnis-Initiative werden wir entschieden bekämpfen.
- Die Finanzmarktaufsicht Finma muss mit genügend personellen Ressourcen und unabhängigen Expertinnen und Experten verstärkt werden.
- Das Systemrisiko der Grossbanken muss mit verschärften Eigenmittelvorgaben redimensioniert werden. Solange die faktische Staatsgarantie besteht, ist diese dem Staat abzugelten.
- Nötig ist zur Belebung des Wettbewerbs im Interesse der Haushalte und der KMU die Schaffung einer nationalen Postbank mittels Ausbau von Postfinance, die auch Kredite vergeben kann. Die Postbank muss als Tochtergesellschaft der Post vollständig im Besitz des Bundes sein.
- Auf internationaler oder zumindest europäischer Ebene muss die Einführung einer Finanztransaktionssteuer vorangetrieben werden. Dafür muss sich die Schweiz als wichtiger Finanzplatz in den internationalen Gremien einsetzen.
- Das grosse Vermögen der institutionellen Anleger (Pensionskassen, AHV, SUVA und SNB) soll nachhaltig angelegt werden. Ethisch verwerfliche und umweltzerstörende Investitionen wie die Förderung von fossilen Brennstoffen sollen ausgeschlossen werden.

11

FÜR MEHR KAUFKRAFT UND MEHR RECHTE FÜR KONSUMENTINNEN UND KONSUMENTEN

Ausgangslage

Die Schweiz ist und bleibt eine Hochpreisinsel. Das schwächt die Kaufkraft der Konsumentinnen und Konsumenten und trifft insbesondere die tiefen und mittleren Einkommen. Die Konsumentinnen, aber auch die Unternehmen, profitieren nur ungenügend vom schwachen Euro bzw. vom starken Franken, der die Importe aus dem Euro-Raum massiv verbilligen müsste. Grund dafür sind Protektionismus, kartellistische Absprachen und die Beschränkung von Parallelimporten. Die hohen Krankenkassenprämien und die hohen Wohnkosten schwächen die Kaufkraft zusätzlich. Zudem hinkt die Schweiz auch im Verbraucherschutz der EU hinterher.

Das sind unsere Grundsätze

Die SP setzt sich für einen funktionierenden Wettbewerb ein. Die Währungsgewinne müssen endlich den Endverbraucherinnen und Endverbrauchern weitergegeben werden. Die Durchsetzung des Cassis-de-Dijon-Prinzips darf nicht mit administrativen Hürden hintertrieben werden. Günstige Parallelimporte von patentgeschützten Gütern müssen zu einer Senkung der Preise im Inland führen. Die marktbeherrschenden Grossverteiler müssen ihre Margen senken.

Die Konsumentinnen und Konsumenten haben ein Anrecht auf ein möglichst grosses Angebot an qualitativ hochstehenden Lebensmitteln aus der Region zu erschwinglichen Preisen.

Die SP fordert seit langem, dass die Konsumentenschutzbestimmungen an jene der EU angeglichen werden. Dazu braucht es ein umfassendes Konsumentenschutzrecht und den Schutz vor missbräuchlichen allgemeinen Geschäftsbedingungen zu Lasten der Endverbraucher.

Die Kaufkraft der Konsumentinnen und Konsumenten muss gestärkt werden. Die Kopfprämien der Krankenversicherung und die hohen Wohnkosten in den Ballungszentren und in den Tourismusregionen belasten die Budgets der Haushalte mit tiefen und mittleren Einkommen über Gebühr. Die Kinder sind von den Krankenkassenprämien zu befreien. Das stärkt die Kaufkraft der Familien mit mittleren Einkommen ohne Prämienverbilligung.

Das hat die SP erreicht

Die Zulassung von Parallelimporten patentgeschützter Güter aus dem EU-Raum (ausgenommen Heilmittel) wurde zentral von der SP erkämpft. Auch hat sich die SP an vorderster Front für den Abbau technischer Handelshemmnisse und gegen eine Aufweichung des Kartellgesetzes eingesetzt. Die Marktposition der Konsumentinnen und Konsumenten hat sich dank der SP verbessert: So sind auf Initiative der SP die Garantiefristen im Kaufrecht auf mindestens zwei Jahre verlängert worden. Und die vom Bundesrat präsentierte gute Vorlage für einen Ausbau des Schutzes

vor unlauterem Wettbewerb konnte von der SP zugunsten der Konsumentinnen und Konsumenten noch ausgebaut werden. Schliesslich hat eine Motion der SP erfolgreich die Beseitigung der überhöhten Zollgebühren im grenzüberschreitenden Online-Handel erkämpft.

Das will die SP 2015 bis 2019 erreichen

- Parallelimporte patentgeschützter Güter sollen auch bei Pharmaprodukten möglich werden. Insbesondere die Preise von Generika müssen massiv gesenkt werden.
- Das Cassis-de-Dijon-Prinzip darf nicht aufgeweicht werden.
- Die Revision des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb soll mit weiteren Verschärfungen wie der Möglichkeit der AGB-Überprüfung abgeschlossen werden.
- Es braucht einen neuen Anlauf zu einer entschlackten Revision des Kartellgesetzes. Kartellabsprachen müssen rasch und wirksam bekämpft werden können.
- Die eingeleiteten Massnahmen gegen die Hochpreisinsel Schweiz müssen endlich durchgesetzt und Währungsgewinne aufgrund des hohen Schweizer Francs an Konsumentinnen und Konsumenten sowie Unternehmen weitergegeben werden.
- Das Finanzdienstleistungsgesetz muss einen deutlich verbesserten Anleger-schutz bringen, damit Schweizer Anlegerinnen und Anleger bei Finanzgeschäften ebenso gut geschützt werden wie jene in der EU.
- Grundsätzlich müssen die Konsumentenrechte auf EU-Niveau ausgebaut werden.

12 FÜR ERSCHWINGLICHEN WOHNRAUM FÜR ALLE

Ausgangslage

Die Wohnkosten machen den grössten Posten in jedem Schweizer Haushaltsbudget aus, bei tieferen Einkommen fallen die Mieten mit über 30 Prozent besonders massiv ins Gewicht. Trotz historischen Tiefzinsen sind die Mieten der angebotenen Wohnungen in den letzten zehn Jahren um 20 Prozent gestiegen. Die Eigentümer haben von den sinkenden Zinsen profitiert, den Mietenden ist aber nur ein Bruchteil der gesunkenen Kapitalkosten weiter gegeben worden. Der globale Trend hin zu börsenkotierten Immobiliengesellschaften und -fonds hat Immobilien auch in der Schweiz noch mehr zu einer spekulationsgetriebenen Ertragsanlage werden lassen. Urbane Wohnquartiere werden für tiefe und mittlere Einkommen unerschwinglich. Die Folge ist eine ungesunde Entmischung der Quartiere. Die hohen Mietkosten entziehen den Haushalten Mittel, die dem Binnenkonsum fehlen. Der massgeblich durch die Personenfreizügigkeit und die Zuwanderung von Arbeitskräften ermöglichte Aufschwung hat in den letzten Jahren die Nachfrage nach Wohnraum noch erhöht. Gleichzeitig haben die Bürgerlichen die notwendigen flankierenden Massnahmen im Wohnbereich aktiv bekämpft. Der Bund übernimmt trotz wiederholten Appellen von links keine stärkere Verantwortung in der Wohnpolitik, überlässt dieses Politikfeld Kantonen und Städten und verzichtet auf die Einführung eines Vorkaufsrechts für Gemeinden. Der Bund steht aber in der Pflicht: Will er die Wohnungsnot in den Zentren ernst nehmen, braucht es griffige Massnahmen.

Das sind unsere Grundsätze

Die SP setzt sich dafür ein, dass genügend bezahlbare Wohnungen und Gewerberäume zur Verfügung stehen. Der ständigen Preissteigerung des Bodens, muss die öffentliche Hand entgegenreten. Instrumente dazu sind eine aktive Politik der Städte und Gemeinden durch den vorsorglichen Kauf von Land und eine gezielte Bauzonenpolitik.

Die SP setzt sich dafür ein, dass die Belastung der Haushaltbudgets durch die Mieten endlich gesenkt wird. So sollen z. B. Renovationsarbeiten nicht mehr so stark auf die Miete überwälzt werden können wie heute. Gleichzeitig setzt sich die SP für einen starken Kündigungsschutz im Wohnungswesen ein.

Das hat die SP erreicht

Die SP hat sich erfolgreich für einen neuen Rahmenkredit des Bundes für Eventualverpflichtungen zugunsten des gemeinnützigen Wohnungsbaus stark gemacht. Dieses Förderungsprogramm ermöglicht es, dass Wohnungen deutlich unter den herrschenden Marktmieten angeboten werden können. Die SP hat mit ihrer Unterstützung der «Landschaftsinitiative» erreicht, dass im Rahmen der Revision des Raumplanungsgesetzes griffige Massnahmen gegen die Zersiedelung übernommen

worden sind. Klarere Vorgaben an die kantonalen Richtpläne, die Regeln zur Dimensionierung des Baulands und die Massnahmen gegen die Hortung von Bauland sind Schritte in die richtige Richtung. Der 2013 vom Bundesrat lancierte wohnungspolitische Dialog zwischen Bund, Kantonen und Städten ist dank der SP zustande gekommen.

Das will die SP 2015 bis 2019 erreichen

- Die öffentliche Hand soll eigenes Land ausschliesslich gemeinnützigen Wohnbauträgern im Baurecht abgeben.
- Städte und Gemeinden müssen aktiv nach Gelegenheit suchen, Bauland oder Industriebrachen zu erwerben. Der Boden soll dann im Baurecht Wohnbaugenossenschaften und gemeinnützigen Stiftungen zur Verfügung gestellt werden.
- Der Bund und staatliche Betriebe wie SBB und Post sollen bei Verkaufsabsichten ihr Land und die Immobilien zwingend zuerst den Kantonen und dann den Standortgemeinden zum Kauf anbieten müssen.
- Insbesondere Städte mit akuter Wohnungsnot und markanten Preissteigerungen sollen Zonen für den Wohnungsbau nach dem Grundsatz der Kostenmiete definieren und so für Familien mit tiefen und mittleren Einkommen Wohnraum sicherstellen.
- Es braucht eine konsequente Mehrwertabschöpfung in den Kantonen bei Ein- und Aufzonungen gemäss dem revidierten Raumplanungsgesetz. Die Einnahmen sind für die Schaffung von zahlbarem Wohnraum zu verwenden.
- Lebendige Agglomerationen brauchen öffentliche Räume und Begegnungsräume, die quer durch die Bevölkerung genutzt werden. Parks, Spielplätze, wöchentliche Märkte, Cafés, Restaurants oder Quartierzentren und -läden bringen Menschen zusammen und stärken Gemeinnsinn und Zufriedenheit.
- Die Wohnkosten müssen gesenkt und die Mietzinse vom Hypothekarzins abgekoppelt werden. Kosten umfassender Sanierungen sollen nur noch in deutlich geringerem Umfang als heute an die Mietenden weitergegeben werden können, wie es der Grundsatz der Kostenmiete vorsieht.
- Mieterinnen und Mieter, die seit vielen Jahren in einer Wohnung leben, sollen ein Vorkaufsrecht erhalten. Der Kündigungsschutz bei Wohnungs- und Geschäftsmieten muss verbessert werden, insbesondere nach Handänderungen und bei Spekulationsabsichten. Mittels Formularpflicht muss die Anfechtung der Anfangsmiete erleichtert werden. Das mietergerichtliche Verfahren soll kostenlos sein.
- Die SP will den Wohnungswechsel zwischen Mieterinnen resp. Mietern erleichtern, damit die Wohnraumverteilung entsprechend den im Verlauf des Lebens unterschiedlichen finanziellen Möglichkeiten und Raumbedürfnissen verbessert wird.
- Die Wohnungsnot in den Agglomerationen erfordert einen verstärkten Mieterschutz. Die SP setzt sich in Regionen mit Wohnungsnot für einen verstärkten Schutz vor Kündigungen aus wirtschaftlichen Gründen und für die Überprüfbarkeit von Mietzinserhöhungen ein.
- Pensionskassen dürfen sich nicht nur auf das Hochpreissegment im Immobiliensektor beschränken: Sie müssen verpflichtet werden, in ihren Anlagestrategien einen festen Anteil in den Bau kostengünstiger Familienwohnungen zu investieren.



**NATÜRLICHE
RESSOURCEN,
MOBILITÄT UND
SERVICE PUBLIC**

FÜR EINEN STARKEN SERVICE PUBLIC FÜR ALLE MENSCHEN IN ALLEN LANDESGEGENDEN

Ausgangslage

Die Schweiz steht international an der Spitze, was die Infrastrukturen und Dienstleistungen des Service public angeht. Die flächendeckende Versorgung mit Postdiensten, Telekommunikation oder öffentlichem Verkehr in allen Landesgegenden funktioniert und trägt zum Zusammenhalt der Schweiz bei. Zum Service public gehören – je nach Staatsebene – auch Bereiche wie Bildung, Gesundheit, Medien, Kulturangebote oder Abfallentsorgung. Aus sozialer, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Sicht leistet ein starker und breit getragener Service public einen zentralen Beitrag zur Wertschöpfung und zur Lebensqualität. Mit einem qualitativ guten und zahlbaren Service public können alle Menschen am sozialen und politischen Leben teilhaben und dieses mitgestalten. Unser Service public funktioniert, weil er von einem solidarischen Prinzip ausgeht: Eine Briemarke kostet immer gleich viel. Egal, ob sie auf einem Brief von Zürich nach Aarau klebt oder auf einem Brief von Genf ins Safiental.

Das sind unsere Grundsätze

Service public bedeutet, dass es eine Grundversorgung mit elementaren Waren und Dienstleistungen – z.B. Strom oder Poststellen – gibt, die gewisse Bedingungen erfüllen muss. Das heisst, dass bei den Arbeitsbedingungen in einem GAV festgeschriebene Vorgaben gelten wie Gleichstellung, Angebote für Menschen mit Behinderungen sowie ein gutes Angebot an Praktikums- und Lehrlingsplätzen. Lohn- und Sozialdumping sind auszuschliessen, auch in ausgelagerten Unternehmens-einheiten. Service public bedeutet Umweltschutz und dass in Angebote investiert wird, die sich vielleicht nicht direkt kurzfristig monetär auszahlen, die aber langfristig eine volkswirtschaftliche Wirkung erzielen und Vorbildfunktion wahrnehmen. Welche Angebote und Dienstleistungen zum Service public gehören, ist eine politische Diskussion, wobei der Schutz der Minderheiten höchste Priorität hat. Das bedingt, dass Angebote des Service public flächendeckend und kontinuierlich angeboten werden, einfach zugänglich sowie erschwinglich sind. Dienstleistungen und Infrastrukturen des Service public zählen zu den zentralen öffentlichen Aufgaben. Sie gehören – zumindest mehrheitlich – in die öffentliche Hand.

Das hat die SP erreicht

Dank der SP fliessen die zentralen Anliegen an einen demokratisch legitimierten Service public in die verschiedenen Politikfelder ein. Im Rahmen der Postgesetzgebung ist es gelungen, das Briefmonopol (Briefe bis 50 Gramm) zu erhalten. Damit kann ein flächendeckendes Poststellennetz finanziert werden. Die SP hat einen wesentlichen Beitrag dazu geleistet, dass die Vorlage zur Finanzierung und zum Ausbau der Bahninfrastruktur (FABI) zuerst im Parlament und dann auch in der Volksabstimmung eine Mehrheit gefunden hat. Bei der Telekommunikation hat sich die SP für

ein flächendeckendes Glasfaserangebot eingesetzt, indem sie gute Bedingungen für den Infrastrukturwettbewerb unterstützt hat. Im Bereich Medien und Journalismus hat die SP einen viel beachteten Diskussionsbeitrag geleistet, was die Finanzierung eines demokratiegerechten Qualitätsjournalismus angeht.

Das will die SP 2015 bis 2019 erreichen

- Service-public-Angebote werden von Menschen für Menschen erbracht. Bei der politischen Gestaltung des Service public muss deshalb stets der Mensch im Zentrum stehen, nicht der kurzfristige Profit oder die Gewinnmaximierung.
- Die Arbeitsbedingungen in Service-public-Unternehmen müssen sich an sozialen Kriterien ausrichten und in einem Gesamtarbeitsvertrag festgeschrieben sein. Dazu gehören insbesondere auch Vorgaben bezüglich Gleichstellung und Angeboten für Menschen mit einer Behinderung. Lohn- und Sozialdumping sind auszuschliessen, auch in ausgelagerten Unternehmenseinheiten.
- Die Post erbringt in allen Regionen des Landes zuverlässig und pünktlich Dienstleistungen in der Brief- und Paketbeförderung. Um Umfang und Qualität dieses Angebots sowie distanzunabhängige Preise zu garantieren, muss das Briefmonopol erhalten bleiben. Dem Erhalt eines flächendeckenden Poststellennetzes messen wir hohe Priorität bei. Beim Post-GAV setzen wir uns gemeinsam mit den Gewerkschaften für einen umfassenden Schutz der Arbeitnehmenden ein. Wir fordern soziale Arbeitsbedingungen und Gesamtarbeitsverträge für die ganze Branche.
- Bei der Telekommunikation fordern wir, dass alle Menschen Zugang zu einem Basisangebot an Fernmeldediensten in hoher Qualität und zu gleichen Preisen haben, unabhängig davon, ob sie in einer Stadt oder in einer kleinen Landgemeinde leben. Dazu gehört eine leistungsfähige Infrastruktur, die ein bedürfnisorientiertes Angebot bereitstellt. Alle Regionen des Landes müssen mit qualitativ hochwertigen Infrastrukturen versorgt werden und auch deren langfristiger Unterhalt muss gewährleistet sein.
- Beim öffentlichen Verkehr fordern wir auch künftig ein gut vernetztes, sicheres System, das langfristig finanziert ist und bei dem der Unterhalt sichergestellt ist. Diese Forderung bezieht sich insbesondere auf den regionalen Personenverkehr.
- Im Bereich Medien und Journalismus setzen wir uns für ein gattungsübergreifendes direktes Fördermodell ein, das staatsunabhängig sein muss und zu Medienvielfalt und Qualität beiträgt.

FÜR EINEN STARKEN ÖFFENTLICHEN VERKEHR IN ALLEN REGIONEN DES LANDES

Ausgangslage

Unser öffentlicher Verkehr ist sicher und zuverlässig. Er erschliesst alle Regionen des Landes in einem fein getakteten System. Aufeinander abgestimmte und gut unterhaltene Verkehrsinfrastrukturen und Angebote sind eine zentrale Voraussetzung für den Zusammenhalt des Landes, für die Lebensqualität der Menschen, für Umwelt und Wirtschaft. Unser dichtes Netz, zu dem Eisenbahnen, Busse, Trams, Schiffe oder auch Seilbahnen gehören, prägt die Schweiz und wird von der Bevölkerung geschätzt. Trotz dieser positiven Ausgangslage gibt es grosse Herausforderungen, was das Spannungsfeld zwischen steigendem Bedarf an Mitteln für Ausbau und Unterhalt angeht und der Frage, welchen Beitrag die Nutzerinnen und Nutzer leisten sollen.

Das sind unsere Grundsätze

Wir setzen uns für einen gut ausgebauten öffentlichen Verkehr in allen Regionen ein. Der langfristig finanzierte Erhalt und bedarfsgerechte Ausbau des Schienennetzes sind aus sozialer, ökologischer und wirtschaftlicher Sicht zentral. Auch Massnahmen, die einen sicheren und umfassenden Fuss- und Veloverkehr ermöglichen und damit zu lebendigen öffentlichen Räumen und Begegnungsstätten beitragen, gehören zu einem attraktiven Angebot. Wir setzen uns für eine Weiterführung und eine ausreichende Finanzierung der bewährten Agglomerationsprogramme ein. Diese entlasten die Kernstädte und Agglomerationen, wo die Stauprobleme am drängendsten sind.

Der Bau von Strassen ist aus energie- und klimapolitischen Überlegungen nicht zielführend, belastet die Bevölkerung mit Lärm, stellt ein Sicherheitsproblem dar und führt zu mehr Verkehr. Deshalb lehnen wir den Bau neuer Strassen ab bzw. fordern, dass jedes Ausbauprojekt bei den Nationalstrassen demokratisch legitimiert sein muss. Auch Güter gehören auf die Bahn, sowohl beim Transit als auch innerhalb des Landes. Dies gilt insbesondere bei Gefahrguttransporten. Strassenseitig braucht es beim Schwerverkehr ausreichende Kontrollen, was Sicherheit, Arbeits- und Ruhezeiten oder Gefahrentransporte anbelangt.

Das hat die SP erreicht

Die seit Jahren von der SP stark geprägte Verkehrspolitik ist erfolgreich und wurde von der Bevölkerung in mehreren Abstimmungen bestätigt. Die deutliche Zustimmung zur FABI-Vorlage im Februar 2014 hat erneut gezeigt, dass die Mehrheit der Stimmberechtigten einen sicheren und gut unterhaltenen ÖV wünscht und bereit ist, einen Beitrag zu dessen Finanzierung zu leisten. Auch der gezielte Ausbau, der allen Regionen des Landes zu Gute kommt, wurde in dieser Abstimmung verankert. Es ist gelungen, Angriffe auf das System einer «starken Bahn aus einer Hand» abzuwehren.

Die von der SP unterstützte NEAT wird 2016 eröffnet. Sie ist ein erfolgreiches Grossprojekt mit nationaler und internationaler Ausstrahlung, das für Pioniergeist und den Willen, Verkehrspolitik umfassend zu gestalten, steht. Die SP hat sich mit Erfolg für mehr Sicherheit im Strassenverkehr eingesetzt, indem sie das Massnahmenpaket «Via Sicura» mitgestaltet und diesem zu einer Mehrheit verholfen hat.

Das will die SP 2015 bis 2019 erreichen

- Unterhalt und Ausbau des ÖV-Netzes sind Teil des Service public und gehören zu den zentralen öffentlichen Aufgaben. Das System der integrierten Bahn soll erhalten werden. Das Herauslösen einzelner Bereiche – z. B. Cargo – oder Liberalisierungen gilt es abzuwehren.
- Das mit dem Alpenschutzartikel gesetzte Ziel, maximal 650 000 Lastwagen pro Jahr über die Schweizer Alpen fahren zu lassen, muss endlich realisiert werden. Ein zweiter teurer Strassentunnel am Gotthard würde das Verlagerungsziel torpedieren und die Rentabilität der NEAT in Frage stellen. Auch beim Binnengüterverkehr hat der Grundsatz «Für Güter die Bahn» höchste Priorität.
- Die Leistungsfähigkeit des Bahnnetzes muss langfristig gewährleistet, die Finanzierung des Unterhalts aus Gründen der Sicherheit und Qualität gesichert sein. Insbesondere die Finanzierung des regionalen Personenverkehrs durch Bund und Kantone muss ausreichend sein.
- Für die Nutzerinnen und Nutzer des ÖV soll die Übersichtlichkeit des Sortiments verbessert werden. Die freie Wahl der Verbindung muss erhalten bleiben. D. h. die Fahrausweise sind für alle Züge des Fernverkehrs und des Regionalverkehrs gültig.
- Für alle Angestellten des ÖV müssen soziale, in Gesamtarbeitsverträgen vereinbarte Arbeitsbedingungen gelten. Die Sicherheit des Bahnpersonals hat – wie natürlich auch die Sicherheit der Fahrgäste – hohe Priorität.
- Auch Radfahrerinnen und Radfahrer sowie Fussgängerinnen und Fussgänger haben ein Recht auf sichere, durchgängige und attraktive Netze. Wir unterstützen Massnahmen und Initiativen, die diese Zielsetzung verfolgen.
- Wir setzen uns für eine nahtlose Fortsetzung der erfolgreichen Agglomerationsprogramme ein. In der Diskussion rund um einen neuen Strassenfonds stellen wir die verbindliche Finanzierung der Agglomerationsprogramme in den Vordergrund. Vorschläge bei der Finanzierung der Strassen, die dazu führen, dass dem Bundeshaushalt Mittel entzogen werden, bekämpfen wir mit Nachdruck.
- Bei der Diskussion von Mobility Pricing, das heisst der verursachergerechten Finanzierung von Strasse und Schiene, werden wir uns engagiert einbringen, um dieses Modell sozial und umweltfreundlich auszugestalten.

FÜR DEN SCHUTZ UNSERER RESSOURCEN – IM INTERESSE VON MENSCH UND UMWELT

Ausgangslage

Die Schweiz verbraucht derart viele Ressourcen und Energie, dass wir 2,8 Welten zur Verfügung haben müssten statt nur einer. So belaufen sich die Siedlungsabfälle pro Einwohnerin und Einwohner und Jahr auf gegen 690 Kilogramm (europaweit ist das die grösste Abfallmenge). Dabei entspricht eine verbrannte Tonne Abfall 300 Litern Heizöl. Glas oder Papier wird zu grossen Teilen recycelt, was natürlich positiv ist. In anderen Bereichen hingegen sind wir verschwenderisch, mit fatalen Umweltfolgen: So werden 85 Prozent der Kunststoffabfälle verbrannt. Pro Tonne Kunststoff fallen 1,26 Tonnen CO₂ an. Auch Ressourcenkreisläufe, die möglich wären, werden nicht geschlossen, ein Beispiel: Von den jährlich anfallenden 13 500 Tonnen Phosphor landet ein grosser Teil im Klärschlamm oder im Tier- und Knochenmehl. Unser Konsum schadet aber nicht nur uns selber: 73 Prozent der aus dem Konsum rührenden Umweltbelastung fallen im Ausland an. Eine schmerzhaftige Folge davon: Die Biodiversität mit ihrer für die Menschen und die Umwelt lebenswichtigen Funktionen ist gefährdet.

Das sind unsere Grundsätze

Natürliche Ressourcen sind zentral für die Wohlfahrt unserer Gesellschaft. Eine intakte Umwelt steigert die Lebensqualität und ist ein Standortvorteil. Stehen Ressourcen wie Wasser, Boden, saubere Luft, Biodiversität oder Bodenschätze nicht mehr in ausreichender Menge und Qualität für alle zur Verfügung, schwächt das die Lebensqualität und die Wirtschaft. Eine nachhaltige und ressourceneffiziente Wirtschaft mit möglichst geschlossenen Stoffkreisläufen hat viele Vorteile. Würde beispielsweise Phosphor aus den Abfällen zurückgewonnen, wäre der jährliche Bedarf gedeckt. Damit würde die Umwelt geschont, die Ressourcen würden sorgfältig eingesetzt und es würden erst noch Kosten gespart. Unser Umweltschutzgesetz ist in einer Zeit entstanden, in der die Umweltprobleme noch stärker national gelöst werden konnten. Aufgrund der Globalisierung stellen sich Fragen, die wir nur gemeinsam mit internationalen Akteuren lösen können. Freiwilligkeit allein reicht nicht mehr und kann sogar zu Wettbewerbsnachteilen führen. Schweizer Firmen – als Beispiel sei die Holzbranche genannt – können wirtschaftlich benachteiligt werden, wenn sie bestimmte international vereinbarte Normen nicht erfüllen.

Das hat die SP erreicht

Die SP hat sich erfolgreich für ein griffiges Raumplanungsrecht und somit gegen die weitere Zersiedelung und Zerstörung des Kulturlands stark gemacht. Mit einer breit akzeptierten Verkehrspolitik, die den ÖV langfristig stärkt, trägt die SP zum Schutz des Klimas bei. Damit wird auch eine weitere Zubetonierung des Bodens verlangsamt oder gestoppt. Der Verbrauch fossiler Energien sinkt und die Lärmbelastung nimmt ab. Dank der von der SP massgeblich mitgeprägten Energiewende sinkt auch

der Ausstoss von gefährlichen Klimagasen. Die SP hat sich erfolgreich gegen eine Aufweichung des Gewässerschutzgesetzes gewehrt.

Das will die SP 2015 bis 2019 erreichen

- Die hohen Recyclingquoten bei Glas (96 Prozent) und Papier (97 Prozent) sind zu halten, jene von Aluminium (91 Prozent), PET (83 Prozent) und Batterien (70 Prozent) zu verbessern. Das Ziel sind möglichst geschlossene Stoffkreisläufe, die verpflichtend einzuhalten sind.
- Bei Produkten – z. B. Lebensmitteln, Kleidern oder Konsumgütern – muss die Umweltbelastung über den ganzen Produktions- und Lebenszyklus berücksichtigt werden. Dazu gehört auch die Umweltbelastung im Ausland. Die Umweltschutzgesetzgebung ist in diesem Sinne anzupassen.
- In der Debatte um eine ökologische Steuerreform wird sich die SP für Lösungen einsetzen, die in Bezug auf den Ressourcenverbrauch eine lenkende Wirkung haben, umweltschonendes Handeln fördern und die auch sozial ausgestaltet sind. Es sollen diejenigen bezahlen, die die Umwelt belasten und diejenigen entlastet werden, die wenig verbrauchen.
- Die Themen Umwelt, Ressourcen und Nachhaltigkeit müssen Teil des Lehrplans sein und auf allen Schulstufen verankert werden. Auch der Aus- und Weiterbildung in diesem Bereich ist höchste Aufmerksamkeit zu schenken.
- Die Landwirtschaft muss höchste ökologische Anforderungen erfüllen. Direktzahlungen müssen an Umweltkriterien geknüpft werden. Wir setzen uns für eine konsequent gentechnikfreie Landwirtschaft ein.
- Die für die Umsetzung der Biodiversitätsziele 2020 notwendigen Massnahmen müssen an die Hand genommen werden. Es braucht einen Aktionsplan, der zeigt, wie die 2012 beschlossene Strategie Biodiversität umgesetzt wird. Die Schweiz muss wenigstens zwei Drittel der Biodiversitätsziele bis 2020 erreichen und für die restlichen Ziele die Voraussetzungen für eine baldige Zielerreichung schaffen.
- Bei den weiteren Debatten rund um das Raumplanungsgesetz setzen wir uns für eine strikte Trennung von Bau- und Nichtbaugebiet sowie für eine Siedlungsentwicklung nach innen ein. Die Schaffung neuer «kalter Betten» wird von uns mit Nachdruck bekämpft.
- Mit Hilfe der Raumplanung sollen der soziale Wohnungsbau sowie der Zugang zu günstigem Wohnraum gefördert werden. Die Realisierung von Wohnbauten durch Wohnbaugenossenschaften ist eine weitere Zielsetzung.

16

FÜR DIE ENERGIEWENDE – EINE HISTORISCHE CHANCE FÜR MENSCH, UMWELT UND WIRTSCHAFT

Ausgangslage

Unsere Energiepolitik ist nicht nachhaltig und macht uns abhängig von teuren Importen von Öl und Gas, die oft aus politisch instabilen Ländern stammen. Die Energiewende ist aus Sicht von Mensch und Umwelt, aber auch aus Sicht der Volkswirtschaft, eine riesige Chance, um uns aus dieser auch für das Klima fatalen Abhängigkeit zu befreien. Die Katastrophe von Fukushima hat einmal mehr deutlich gemacht, dass ein Umstieg auf erneuerbare Energien rasch notwendig ist. Die Energiestrategie 2050 ist ein wichtiger Schritt in Richtung Energiewende. Das heisst konkret Ausstieg aus der Atomkraft, Reduktion des Verbrauchs fossiler Energien und langfristige Vollversorgung aus erneuerbaren Energien in Verbindung mit griffigen Effizienzmassnahmen. Die Energiewende führt zu einer Demokratisierung, indem die Energiepolitik nicht mehr nur von einigen wenigen grossen Unternehmen gesteuert wird, sondern viele Stromkonsumentinnen und -konsumenten an der Produktion beteiligt.

Das sind unsere Grundsätze

Mit der Bereitstellung von erneuerbaren Energien an verschiedenen Standorten und einer Stärkung der Energieeffizienz ist langfristig eine Vollversorgung mit erneuerbaren Energien möglich. Technisch ist der Umstieg zu bewältigen, nun braucht es politische Massnahmen, die zu günstigen Rahmenbedingungen führen. Energie aus Sonne, Wind, Biomasse, Wasser und Geothermie bringt Wertschöpfung im Inland und langfristig sichere Arbeitsplätze. Jede hochsubventionierte Kilowattstunde aus einem AKW hingegen verhindert Kilowattstunden aus erneuerbaren Energien. Die Elektrizitätsunternehmen, die den Kantonen und Gemeinden – und somit der Bevölkerung – gehören, müssen ihre Verantwortung für eine nachhaltige Energiezukunft wahrnehmen. Mit einem Umstieg auf erneuerbare Energien und der Stärkung der Effizienz eröffnen sich neue Geschäftsfelder, die für innovative Unternehmen eine grosse Chance darstellen. Die Energiewende ist auch im Hinblick auf den Klimawandel notwendig: Wir brauchen den Ausstieg aus den fossilen Energien, um die globale Erwärmung nicht über gefährliche 2 Grad Celsius steigen zu lassen.

Das hat die SP erreicht

Mit der Cleantech-Initiative ist es der SP gelungen, Schwung in die Förderung der erneuerbaren Energien zu bringen und das System der Vergütung bedürfnisgerechter auszugestalten. Die Bürgerinnen und Bürger, die selber Strom produzieren wollen, können von besseren Rahmenbedingungen profitieren. Die Diskussionen rund um die Energiewende werden massgeblich von der SP geprägt. Ihre Ideen bei der Einspeiseprämie, der Effizienz oder der Sanierung von Gebäuden finden Mehrheiten.

Das will die SP 2015 bis 2019 erreichen

- Wir setzen uns ein für eine Energieversorgung, die ab 2030 zu mindestens 50 Prozent erneuerbar ist. In der Energiestrategie braucht es deshalb ein Einspeiseprämiensystem, das nachfrageorientiert ausgestaltet ist und Anreize setzt, um viele dezentrale Anlagen für Sonne, Wind oder Biomasse bereit zu stellen.
- Mit der Energiestrategie 2050 verbunden ist die Herausforderung, berechnete Interessen der Stromproduktion mit den ebenso wichtigen Anliegen des Naturschutzes und des Schutzes von Kulturgütern in Einklang zu bringen. Das ist möglich und wir setzen uns ein für eine Energiewende, die bedeutende Baudenkmäler, Ortsbilder, archäologische Fundstellen und Naturschutzgebiete nicht gefährdet.
- Das Verbot, dass keine neuen AKWs gebaut werden dürfen, verteidigen wir wenn nötig auch in einer Volksabstimmung. Bei den bestehenden AKWs setzen wir uns für verbindliche Laufzeiten ein. Die Minimalforderung lautet, dass die ältesten AKWs spätestens nach 50 Jahren vom Netz gehen müssen. Bei der Suche nach einem Atommülllager ist die demokratische Mitsprache der betroffenen Bevölkerung mittels Vetorecht zu gewährleisten.
- Der Verkehr hat einen Anteil am Energieverbrauch von mehr als einem Drittel. Wir fordern eine Stärkung des ÖV und des Fuss- und Veloverkehrs. Elektroautos mit sauberem Strom sollen sich vermehrt durchsetzen. Bei den Benzin- und Dieselmotoren müssen die Emissionen im Gleichschritt mit der EU gesenkt werden.
- Der Gebäudepark beansprucht rund die Hälfte des Energieverbrauchs. Langfristig soll er CO₂-frei werden. Konkret sollen sich neue Gebäude ganzjährig möglichst selbst mit Wärme aus erneuerbaren Quellen und mit eigenproduziertem Strom versorgen. Der Anteil an energetischen Sanierungen muss deutlich erhöht werden. Die Weiterführung und ausreichende Finanzierung des Gebäudeprogramms ist deshalb unabdingbar.
- Die SP setzt sich für eine ökologische Steuerreform ein, die eine starke Lenkungswirkung erzeugt und sozial ausgestaltet ist. Ziel ist, ressourcenschonendes Handeln zu fördern und die externen Kosten zu internalisieren mit dem Ziel, die Energiewende zu ermöglichen.
- Der Klimaschutz hat weiterhin hohe Priorität. Konkret setzen wir uns ein für eine 40-prozentige Reduktion der CO₂-Emissionen bis 2020 im Inland und für eine Reduktion um 60 Prozent bis 2030 (gegenüber 1990). Die Schweiz muss auch international ihre Verantwortung wahrnehmen und einen entsprechend gerechten Beitrag an die internationale Klimafinanzierung leisten.
- Die Elektrizitätsnetze müssen auf die Anforderungen einer dezentralen Einspeisung ausgerichtet werden. Die demokratische Kontrolle des Stromnetzes muss gewährleistet sein. Das Stromnetz gehört auf jeder Netzebene in das Eigentum der Gemeinden, Kantone oder von gemeinnützigen Unternehmen.

**GLEICHSTELLUNG,
DEMOKRATIE,
RECHTSSTAAT UND
BÜRGERRECHTE**

Local de vote

17 FÜR GLEICHSTELLUNG ALS NORM

Ausgangslage

In den letzten 40 Jahren haben wir eine regelrechte Revolution bei der Gleichstellung von Frauen und Männern erlebt. Nach der späten Einführung des Frauenstimmrechts 1971 wurden auf verschiedenen Ebenen zahlreiche Massnahmen ergriffen, um jeder und jedem die gleichen Chancen und Rechte zu ermöglichen. Während rechtlich die Gleichstellung also garantiert scheint – insbesondere seit der Aufnahme der Lohngleichheit in die Verfassung 1981 und der Einführung des Gleichstellungsgesetzes 1996 – sieht die Realität ganz anders aus.

Frauen und Männer kämpfen in der Gesellschaft, und insbesondere auf dem Arbeitsmarkt, nicht mit gleich langen Spiessen. Auch wenn Mutterschaft heute kein Grund mehr ist, die Berufstätigkeit aufzugeben, so schmälert sie doch, im Gegensatz zur Vaterschaft, deutlich die Chancen auf beruflichen Aufstieg.

Der Grundsatz der Gleichstellung von Frauen und Männern wird rundherum von (fast) allen in unserem Land anerkannt; seine Umsetzung hingegen führt zu zahlreichen Diskussionen. Fortschritte werden regelmässig von konservativen Kreisen in Frage gestellt; es gibt auch immer wieder Stimmen, die sich für eine traditionelle Rollenverteilung von Männern und Frauen stark machen.

Das sind unsere Grundsätze

Die Gleichstellung von Männern und Frauen ist eines der zentralen Anliegen der SP, die sich für einen integrativen Gleichstellungsansatz (Gender Mainstreaming) stark macht. Die Partei setzt sich auf allen Ebenen für die Umsetzung einer fortschrittlichen und offenen Politik ein, die den Einzelnen und seine persönlichen Ziele ins Zentrum stellt und geschlechtsspezifische Stereotypen bekämpft.

Die SP stützt ihre Gleichstellungspolitik auf die gesetzlichen Errungenschaften (Artikel 8 der Bundesverfassung, Gleichstellungsgesetz) und bemüht sich darum, dass sich das Verhalten ändert. Sie setzt sich vehement gegen jegliche Diskriminierung aufgrund des Geschlechts, der sexuellen Orientierung oder der Geschlechtsidentität ein und fordert die konkrete Umsetzung dieses Prinzips, das sich ebenso auf das Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW) wie auf die UNO-Forderungen zur Beteiligung der Männer an Gleichstellungsprozessen stützt.

Die SP setzt sich auch für die Gleichstellung von Menschen unterschiedlicher sexueller Orientierung und Geschlechtsidentität ein und bekämpft die Homo- und Transphobie.

Das hat die SP erreicht

Die SP ist die Partei der Gleichstellung. In diesem Sinn hat sie schon immer die Entwicklung in diesem Bereich stark beeinflusst und vorangetrieben, sei es beim

Verfassungsartikel von 1981, bei der Mutterschaftsversicherung von 2005 oder auch durch regelmässige neue parlamentarische Vorstösse, mit denen zentrale Themen in die Diskussion eingebracht wurden, wie das bei den Geschlechterquoten oder den Massnahmen zur Lohngleichheit der Fall war.

Der unermüdliche Einsatz der SP gegen geschlechtsspezifische Gewalt und häusliche Gewalt im Allgemeinen hat zahlreiche Verbesserungen im Kampf gegen dieses Übel ermöglicht, namentlich bei der Betreuung der Opfer.

In der SP ist Gleichstellung die Regel: Die Partei hat Quoten eingeführt, welche die Parität in Organen und Kommissionen sowie auf den Wahllisten garantieren; seit über 100 Jahren hat sie eine eigene Frauenorganisation, ebenso wie Gleichstellungskommissionen, die auf allen politischen Ebenen des Bundes tätig sind.

Das will die SP 2015 bis 2019 erreichen

- Reduktion der Lohnunterschiede auf maximal 5 Prozent und Einsetzung von zwingenden staatlichen Massnahmen.
- Ziel von 40 Prozent Frauen in Macht- und Entscheidungspositionen im öffentlichen Bereich sowie in Verwaltungsräten und Unternehmensleitungen (Quoten).
- Wiederaufwertung typisch weiblicher Berufe durch bessere Rahmenbedingungen; Löhne, die zum Leben genügen und Stärkung der Vorsorgefähigkeit bei prekären und atypischen Arbeitsverhältnissen, die mehrheitlich Frauen betreffen.
- Umsetzung und Förderung von Instrumenten für eine Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse für Männer und Frauen, um eine bessere Vereinbarkeit beruflicher und familiärer Tätigkeiten zu ermöglichen, z.B. flexible Arbeitszeit, Jahresarbeitszeit, Teilzeit, Telearbeit oder Jobsharing.
- Kostenfreie Tagesschulen und einkommensabhängig finanzierte zusätzliche Tagesstrukturen.
- Einführung eines Elternschaftsurlaubs, von dem je ein Teil beiden Eltern vorbehalten ist und der nicht auf Kosten des Mutterschaftsurlaubs geht.
- Anerkennung und Aufwertung der sogenannten Care-Arbeit (Betreuung von Angehörigen).
- Institutionalisierung des Kampfes gegen häusliche Gewalt als Auftrag des öffentlichen Gesundheitswesens.
- Allgemeines Verbot jeder Diskriminierung aufgrund des Geschlechts, der sexuellen Orientierung oder Geschlechtsidentität und Schaffung einer Kontroll- und Sanktionsbehörde.
- Vollständige Öffnung der Ehe sowie Adoptionsrecht und Zugang zur Fortpflanzungsmedizin für gleichgeschlechtliche Paare.
- Keine nicht lebens- oder gesundheitsnotwendigen Eingriffe ohne informierte Einwilligung bei intersexuellen Menschen.
- Einführung der Individualbesteuerung.
- Kampf gegen die Verbreitung von sexistischen Stereotypen, insbesondere in den Medien und sozialen Netzwerken.
- Ergreifen von Massnahmen, um Geschlechtsstereotypen zu überwinden und dabei die Bildung ins Zentrum zu stellen.

18

FÜR MEHR TRANSPARENZ IN DER POLITIK UND FÜR EINE STARKE DEMOKRATIE

Ausgangslage

Transparency International bezeichnet die Schweiz punkto Transparenz in der Parteifinanzierung als «ein Entwicklungsland mit grossem Verbesserungspotenzial». Anders als die Schweiz hat die Mehrzahl der westlichen Demokratien seit den 1960er Jahren nämlich sukzessive Transparenz in der Politikfinanzierung geschaffen. Konkret: Mit Ausnahme von Schweden ist die Schweiz heute der letzte Mitgliedstaat des Europarates ohne Transparenzregelung.

Dass die Unterschiede zwischen den Parteien und politischen Akteuren enorm sind, haben die vergangenen Wahlen gezeigt. 2015 wird sich diese Schere vermutlich noch weiter öffnen. Der Europarat und seine Antikorruptionsbehörde GRECO haben die Schweiz deswegen immer wieder gerügt. Geschehen ist bis heute jedoch nichts. Demokratiepoltisch ist dies von höchster Brisanz, weil der Umfang der zur Verfügung stehenden Finanzen einen direkten Einfluss auf den politischen Erfolg hat. Besonders problematisch dabei: In den letzten Jahren wurden vermehrt Volksinitiativen, die grundlegende Verfassungswerte und Völkerrecht verletzen (Minarett-, Masseneinwanderungs- oder Ausschaffungsinitiative), mit millionenschweren Kampagnen mehrheitsfähig gemacht. Weitere radikale Initiativpläne dürften im Wahljahr lanciert werden.

Das sind unsere Grundsätze

Demokratie und insbesondere die direkte Demokratie schweizerischer Ausprägung kann nur funktionieren, wenn zwischen den politischen Akteuren einigermaßen Chancengleichheit herrscht. Diese ist je länger desto weniger gegeben. Die SP fordert deshalb regulierende Massnahmen, um das Funktionieren der direkten Demokratie weiterhin sicherzustellen. Ein erster Schritt ist die Pflicht zur Offenlegung der Parteifinanzen, damit Abstimmenden die unterschiedlichen Kräfteverhältnisse überhaupt erst bewusst werden. In einem zweiten Schritt sollen Ausgabenbeschränkungen eingeführt und die Finanzierung der politischen Parteien sichergestellt werden. Auch die Mitglieder der Bundesversammlung sollen mehr Transparenz herstellen, indem sie aufzeigen, welche finanziellen Leistungen sie in Zusammenhang mit ihren in den Interessenbindungen aufgeführten Mandate und Ämter erhalten.

Das hat die SP erreicht

Die SP hat beim Thema Transparenz bei der Wahl- und Abstimmungsfinanzierung nicht lockergelassen und es immer wieder aufs Tapet gebracht. Zwar bestehen auch zwischen den bürgerlichen Parteien grosse Unterschiede bezüglich finanzieller Potenz, dennoch haben sie gegenüber der links-grünen Seite offenbar noch immer mehr zu verlieren. Nur so lässt sich erklären, dass im Parlament sämtliche Vorstösse für mehr Transparenz bislang auch von der bürgerlichen Mitte abgelehnt wurden.

Das will die SP 2015 bis 2019 erreichen

- Die SP wird sich auch in Zukunft mit aller Kraft dafür einsetzen, dass endlich Transparenz in die Parteienfinanzierung und in die Finanzierung von Wahlen und Abstimmungen kommt. Nur so kann wieder ein vernünftiges Kräfteverhältnis unter den politischen Akteuren hergestellt werden. Zudem geht die SP mit gutem Beispiel voran und veröffentlicht ihre Jahres- und Kampagnenrechnungen sowie die Zusammensetzung der Spenden im Internet.
- Die SP setzt sich dafür ein, dass neben den Parteifinzen auch mehr Transparenz bei den parlamentarischen Interessenbindungen hergestellt wird. Dafür sollen die Parlamentsmitglieder ihre Geldflüsse in Zusammenhang mit ihren jeweiligen Interessenbindungen offenlegen.
- Eine aktuelle Befragung der Parlamentsmitglieder zeigt: Das Milizsystem wird immer stärker zum Mythos. Daher wünscht sich die SP eine unverkrampfte Analyse des Ist-Zustandes mit möglichen Handlungsmöglichkeiten. Im Zentrum steht dabei eine Professionalisierung des Parlaments.
- Mehr Transparenz will die SP auch, was die Lobbyistinnen und Lobbyisten angeht: Es braucht eine offizielle, allen offen stehende Akkreditierung. Das System der Lobbyisten-Badges dank Kontakten zu Parlamentsmitgliedern ist nicht mehr zeitgemäss.
- Jährlich fliessen zig Millionen Franken in die Sportförderung, um sportlich an der Weltspitze mitzukämpfen. Mit einem klugen Konzept soll der Bund mit einem Bruchteil der Mittel der Sportförderung künftig die politische Bildung (zum Beispiel mit Workshops, Besichtigungen oder speziellen Lehrmitteln für Schulen) fördern. Damit Bund, Kantone und Gemeinden auch künftig das gut ausgebildete Polit-Personal nicht ausgeht.
- Damit zwischen der politischen Bildung während der obligatorischen Schulzeit und der Möglichkeit, selber an Wahlen und Abstimmungen teilzunehmen, keine Lücke entsteht, soll das aktive Stimmrechtsalter auf 16 Jahre gesenkt werden.

FÜR EINE MENSCHENWÜRDIGE AUSLÄNDER- UND ASYLPOLITIK

Ausgangslage

Seit mehreren Jahren jagt im Ausländerrecht ein Verschärfungsvorschlag den nächsten. Auftretende Schwierigkeiten mit einzelnen Ausländerinnen und Ausländern werden von den Medien stark ins Zentrum gerückt und von Parteien am rechten Rand erfolgreich bewirtschaftet. Dabei geht gerne vergessen, wie gut und überwiegend problemlos sich das Zusammenleben von Schweizerinnen und Schweizern auf der einen und Ausländerinnen und Ausländern auf der anderen Seite in den allermeisten Fällen gestaltet. Dank des ausländerrechtlich klar bürgerlich dominierten Parlaments werden ausländerrechtliche Vorlagen immer wieder verschärft, was dazu führt, dass die Schweiz immer mehr Mühe hat, menschenrechtlichen Standards zu genügen und mit den entsprechenden europäischen Richtlinien konform zu sein. Das ist für die Schweiz als Depositarstaat der Flüchtlingskonvention, der stolz ist auf seine humanitäre Tradition, eine bedenkliche Entwicklung. Gleichzeitig ereignet sich direkt vor Europas Haustür eine der grössten humanitären Katastrophen seit Jahrzehnten, auf die weder die Schweiz noch Europa bisher eine genügende Antwort gefunden haben.

Das sind unsere Grundsätze

Die SP steht insbesondere auch für die schwächeren Mitglieder der Gesellschaft ein und betrachtet sich deshalb seit jeher auch als Anwältin der Migrantinnen und Migranten. Sie übersieht dabei nicht die realen Probleme, die mit der Migration einhergehen und nimmt die Sorgen der Schweizer Bevölkerung ernst. Auftretende Probleme können aber nicht durch Ausgrenzung und Diskriminierung gelöst werden, sondern brauchen im Gegenteil verstärkte Integrationsanstrengungen aller Beteiligten.

An Leib und Leben und persönlicher Freiheit gefährdeten Menschen muss Schutz gewährt werden. Die humanitäre Tradition der Schweiz verpflichtet und darf nicht noch weiter ausgehöhlt werden. Die verheerenden Bürgerkriege im Nahen Osten und in Nordafrika machen eine grosszügige Aufnahme in Absprache mit den europäischen Nachbarländern notwendig. Gleichzeitig müssen Schleppertum und Menschenhandel konsequent bekämpft werden.

In der Schweiz geborene und aufgewachsene Ausländerinnen und Ausländer gehören zu uns. Dies muss sowohl bei der Einbürgerungspolitik für die dritte Generation wie auch bei der Umsetzung der Ausschaffungsinitiative berücksichtigt werden.

Das hat die SP erreicht

Für viele Ausländerinnen und Ausländer, die über die Arbeitsmigration in die Schweiz gekommen sind, wurden bei der Bürgerrechtsrevision wichtige Neuerungen wie die Senkung der eidgenössischen Wohnsitzfrist auf zehn Jahre und die Angleichung der kantonalen Wohnsitzfristen erreicht.

Der Bund hat die Gelder für die Integrationsförderung von 16 auf 36 Mio. Franken pro Jahr erhöht und die entsprechenden Programme sind erfolgreich angelaufen. Das Anliegen, wonach Asylbewerber nur noch Nothilfe anstelle von Sozialhilfe erhalten sollten, wurde erfolgreich abgewehrt.

Das will die SP 2015 bis 2019 erreichen

- Die Neustrukturierung des Asylbereichs muss zügig abgeschlossen und umgesetzt werden. Der umfassende Rechtsschutz der Asylsuchenden ist dabei Voraussetzung für die Beschleunigung und ein rechtsstaatlich vertretbares Verfahren. Dies soll auch für Asylsuchende im erweiterten Verfahren gelten.
- Die Schweiz muss zusammen mit anderen europäischen Ländern deutlich grössere Flüchtlingskontingente aus den Bürgerkriegsregionen am Südrand von Europa aufnehmen. Dazu entwickelt sie Aufnahmestrukturen, welche die rasche Integration der anerkannten Flüchtlinge sicherstellen. Sie soll sich im Rahmen von Frontex auch dafür engagieren, dass nicht noch mehr Flüchtlinge ihr Leben im Mittelmeer verlieren. Gleichzeitig soll sie an einem solidarischeren und gerechteren Verteilungssystem innerhalb des Dublin-Abkommens mitwirken.
- Vorläufig Aufgenommene sollen endlich einen besseren Rechtsstatus erhalten – Massstab soll die Richtlinie für subsidiären Schutz der EU sein. Nach fünf Jahren sollen sie zudem einen Rechtsanspruch auf eine reguläre Aufenthaltsbewilligung erhalten.
- Für Sans-Papiers, die schon lange in der Schweiz sind und sich hier gut integriert haben, soll eine Legalisierungsmöglichkeit, die deutlich über die heutigen kantonalen Härtefallregelungen hinausgeht, geschaffen werden.
- Weil Einbürgerungswillige neu eine C-Bewilligung vorweisen müssen, muss auf diese ein Rechtsanspruch geschaffen werden, wenn die Voraussetzungen erfüllt sind. Zudem müssen jetzt endlich deutlich erleichterte Einbürgerungsmöglichkeiten für die dritte Generation, welche hier geboren wurde und aufgewachsen ist, geschaffen werden. Die erleichterte Einbürgerung muss eingetragenen Partnerinnen und Partnern genauso offen stehen wie Eheleuten.
- Das nach der Abstimmung zur Masseneinwanderungsinitiative zurückgestellte Integrationsgesetz soll jetzt zügig verabschiedet werden. Dabei muss dem Grundsatz Rechnung getragen werden, dass Integration keine Bringschuld der Migrantinnen und Migranten ist, sondern dass alle an diesem Prozess Beteiligten die Verantwortung für sein Gelingen tragen. Entsprechend müssen für die Integration als gesamtgesellschaftliche Kernaufgabe genügend Gelder bereitstehen, die Wirtschaft muss in die Integrationspolitik verpflichtend eingebunden werden und Hindernisse müssen über eine griffige Antidiskriminierungsgesetzgebung beseitigt werden.
- Hasspropaganda und Rassismus sind konsequent zu bekämpfen – sowohl in der realen Welt wie in der virtuellen. Die SP fordert, dass die Anstrengungen sowohl auf der präventiven wie auch auf der repressiven Ebene deutlich erhöht werden.

20 FÜR DIE WAHRUNG DES RECHTSSTAATES IN DER DIREKTEN DEMOKRATIE

Ausgangslage

In den letzten Jahren wurden Volksinitiativen angenommen und parlamentarische Vorstösse eingereicht, welche in einem Spannungsfeld zwischen den Grundrechten, grundlegenden Prinzipien des Rechtsstaates und/oder mit internationalen Verpflichtungen stehen. Dies mit dem Hinweis, dass die Mehrheit der Stimmberechtigten alles beschliessen könne und die Schweiz souverän sei. Deshalb soll im Konfliktfall das schweizerische Recht dem Völkerrecht vorgehen. Auch will man keine «fremden Richter» dulden, und die Schweiz soll die EMRK aufkündigen.

Das sind unsere Grundsätze

Die direkte Demokratie und der Rechtsstaat (Schutz der Grundrechte, ausgebauter unabhängiger Rechtsschutz, Gewaltenteilung mit Gesetzmässigkeitsprinzip und Verhältnismässigkeit allen Staatshandelns) bilden die Grundlage der Schweiz, sie bedingen sich gegenseitig und sind gleichwertig. Wir setzen uns für die Stärkung der direkten Demokratie ein und verteidigen einen auf Gleichheit, Freiheit und Solidarität beruhenden Rechtsstaat. In einer Demokratie geniessen alle Bürgerinnen und Bürger gleiche politische Rechte und Pflichten. Die Mehrheitsentscheide sind verbindlich, können aber nicht jedes Ergebnis legitimieren. Demokratie darf nicht zur Diktatur der Mehrheit werden, denn auch Minderheiten haben legitime Ansprüche – es braucht materielle Schranken der Verfassungsrevision. Auch politische Verliererinnen und Verlierer haben einen verfassungsrechtlichen Schutz vor einer unverhältnismässigen Machtausübung des Staates resp. der Mehrheit.

Die Schweiz ist ein offenes und verlässliches Land und nimmt ihre Verantwortung in der Staatengemeinschaft wahr. Als Kleinstaat setzt sie sich dafür ein, dass die Macht an das Recht gebunden ist und dieses auch durchgesetzt wird. Die Schweiz hält sich an internationale Verträge und beachtet Grund- und Menschenrechte, welche unteilbar sind.

Das hat die SP erreicht

- Erfolgreiche Bekämpfung von staatsrechtlich bedenklichen Volksinitiativen: AUNS-Initiative «Staatsverträge vors Volk», welche das obligatorische Staatsvertragsreferendum verlangte; ECOPOP-Initiative, welche die Kündigung verschiedener wichtiger Staatsverträge vorsah.
- Umsetzung der Ausschaffungsinitiative in rechtsstaatlich vertretbarer Weise.
- Einleitung des Reformprozesses bei der Prüfung der Gültigkeit von Volksinitiativen.
- Erfolgreiche Abwehr diverser parlamentarischer Initiativen der SVP im Nationalrat zu Themen wie Schwächung des Völkerrechts und Unverbindlichkeit der EMRK.
- Positiver Bericht des Bundesrates aufgrund eines SP-Postulats betreffend «40 Jahre EMRK-Beitritt: Erfahrungen und Perspektiven».

Das will die SP 2015 bis 2019 erreichen

- Verbesserung und Pflege der demokratischen Kultur und Kommunikation im Sinne permanenter politischer Bildung, offener und verständlicher Kommunikation und transparenter Darstellung der Konsequenzen von Volksinitiativen.
- Verteidigung und Stärkung der Grund- und Menschenrechte und damit der EMRK als zentraler Baustein einer europäischen Grundwertegemeinschaft mit letztinstanzlicher Grundrechtsprechung. Es gilt die Autorität des Gerichtshofes zu wahren und dessen Funktionsfähigkeit langfristig sicherzustellen.
- Einführung einer massvollen Verfassungsgerichtsbarkeit durch das ersatzlose Streichen von Art. 190 BV. Das Bundesgericht soll im Rahmen einer konkreten Normenkontrolle auch Bundesgesetze auf die Übereinstimmung mit der geltenden Rechtsordnung überprüfen dürfen.
- Klärung des Verhältnisses zwischen Völkerrecht und Landesrecht:
 1. Einführung eines vollständigen Parallelismus zwischen Landesrecht und Völkerrecht im demokratischen Genehmigungsprozess: Völkerrecht, das eine Änderung der Bundesverfassung erfordert oder einer solchen gleichkommt, unterliegt dem obligatorischen Referendum.
 2. Gesetzliche Verankerung der Konfliktregel: Hierarchisierung nach demokratischer Legitimität (mit obligatorischem Referendum gefasste Beschlüsse gehen anderen vor), völkerrechtskonforme Umsetzung und harmonisierende Verfassungsauslegung.
- Vorprüfung von Volksinitiativen zur Stärkung des Initiativrechtes, dem Kernstück der direkten Demokratie:
 1. Vorprüfung der Bezeichnung der Initiative bezüglich Titel und der Kurzbeschreibung durch die Bundeskanzlei: Ablehnung von irreführenden und zu Verwechslung Anlass gebenden Titeln und Kurzbeschreibungen.
 2. Nicht-bindende materielle Vorprüfung von Volksinitiativen durch das Bundesamt für Justiz und die Direktion für Völkerrecht mit der Verpflichtung, die Feststellungen auf den Unterschriftenbögen zu vermerken.
- Präzisierung der Praxis bei der Ungültigkeitserklärung von Volksinitiativen, insbesondere bei «Durchsetzungsinitiativen», aber keine formelle Erweiterung der Ungültigkeitsgründe von Art. 139 Abs. 3 BV:
 1. Einheit der Materie soll nach gleichen Prinzipien wie die Verfassungsvorlagen des Parlamentes beurteilt werden.
 2. Verstetigung der Praxis bei der Definition der zwingenden Bestimmungen des Völkerrechts: ius cogens und notstandsfeste Normen EMRK/UNO Pakt II (inkl. Verhältnismässigkeit im Bereich des völkerrechtlichen Individualschutzes). Bei Verletzung ist Teilungültigkeit zu prüfen.
 3. Durchsetzungsinitiativen, die vor Ablauf der in der betroffenen Initiative festgelegten Umsetzungsfrist eingereicht werden und die verfassungsrechtliche Zuständigkeit des Gesetzgebers und das ordentliche Gesetzgebungsverfahren unterlaufen, indem sie unmittelbar anwendbares Gesetzesrecht auf Verfassungsstufe schaffen, stellen eine rechtsmissbräuchliche Verwendung des Initiativrechtes dar. Sie sind vom Parlament für ungültig zu erklären

A bronze statue of a man sitting on a wooden bench, reading a newspaper. He is wearing a hat, glasses, a suit, and boots. A dog is sitting at his feet. The background shows a storefront with a window display containing various items, including a poster for 'AQUASOURC' and a sign for 'Playboy'.

MEDIEN-, INTERNET- UND KULTURPOLITIK

21 FÜR EIN DEMOKRATIEGERECHTES MEDIENSYSTEM

Ausgangslage

Die schweizerische Medienlandschaft befindet sich im Umbruch. Die Art und Weise, wie dieser Wandel durch die mächtigen Akteure im Medienbereich – und vermehrt auch durch grosse internationale IT-Konzerne und Anbieter – gestaltet wird, gefährdet zunehmend unsere Demokratie und den sozialen Zusammenhalt. Während teilweise Rekordgewinne geschrieben werden, kommen journalistische Arbeitsplätze, die Arbeitsbedingungen auf den Redaktionen sowie Qualität und Vielfalt unter die Räder. Auch die SRG und die Idee des medialen Service public geraten immer mehr unter Druck. Die Verleger (und ihre politischen Verbündeten) wollen die SRG schwächen, in erster Linie, um die eigenen Profite zu vergrössern.

Das alles ist ein Problem, weil eine Vielfalt an leistungsfähigen und unabhängigen journalistischen Medien für die schweizerische Demokratie gerade heute von grosser Bedeutung ist. Es braucht starke journalistische Medien, die die riesige Informations- und Kommunikationsflut im digitalen Zeitalter verarbeiten und kanalisieren. Sie ermöglichen die Debatte über politische Fragen des Zusammenlebens und der Weiterentwicklung der Gesellschaft. Obwohl selbst der Bundesrat seit Jahren immer wieder zum Schluss kommt, dass Qualität und Meinungsvielfalt gefährdet sind und es der Markt nicht richten könne, fehlt es bislang am politischen Willen, eine aktive Medienpolitik zugunsten einer modernen und demokratiegerechten Medienlandschaft zu betreiben.

Das sind unsere Grundsätze

Die Funktionalität und Qualität eines Mediensystems bemisst sich nicht an den Profiten sondern am Beitrag, den Medien an den demokratischen, solidarischen und gerechten Aufbau einer Gesellschaft zu leisten vermögen. Demokratiegerechter Journalismus zeichnet sich aus durch Relevanz, Vielfalt, Verständlichkeit, Faktentreue und Objektivität. Er soll die Teilhabe der Menschen fördern und die Möglichkeiten eines selbstbestimmten Lebens in und mit der Gesellschaft vergrössern. Sich dabei auf den sogenannten «freien Markt» und die dominanten Medienkonzerne zu verlassen, wäre fahrlässig. Es braucht vertrauenswürdige Medien, Vielfalt und unabhängigen Journalismus. Dies zu ermöglichen ist die Aufgabe der Medienpolitik.

Das hat die SP erreicht

Die SP ist die einzige Partei, die sich des Themas Medienpolitik ernsthaft angenommen und eine Vorstellung davon entwickelt hat, wie ein zukunftsfähiges und demokratiegerechtes Mediensystem aussehen könnte. Mitte 2013 hat die Partei ein medienpolitisches Positionspapier verabschiedet und damit eine breite Debatte angestossen. Zusammen mit der Mediengewerkschaft Syndicom und Arbus, der Vereinigung für kritische Mediennutzung, hat sich die SP bei verschiedenen Gele-

genheiten in die öffentliche Diskussion um die Zukunft der Medien und der Medienförderung eingebracht. Die SP ist zudem auch die Partei, die den medialen Service public im Parlament gezielt verteidigt.

Das will die SP 2015 bis 2019 erreichen

- Die SP prägt die Debatten zur Zukunft des medialen Service public. Im Zentrum steht dabei nicht eine inhaltliche, möglichst eindeutige Definition des Service public. Vielmehr geht es darum, die Demokratie und den Einbezug aller Menschen in allen Landesregionen zu stärken.
- Die SRG soll als eine Medienorganisation abgesichert werden, die anders als die kommerziellen Anbieter das öffentliche Interesse statt Profite in den Vordergrund stellt und über die Trägervereine und den Publikumsrat in einer Austauschbeziehung mit der Gesellschaft steht. Damit die SRG ihren Service-public-Auftrag auch zukünftig erfüllen kann, braucht sie genügend Ressourcen sowie publizistische und kommerzielle Entwicklungsmöglichkeiten. Gleichzeitig ist das SRG-Management aufgefordert, dem Charakter der SRG als öffentlichem Non-Profit-Medienunternehmen gerecht zu werden. Dazu gehört, dass in den Sendungen und Publikationen sowie in den Gremien die Vertretung der Geschlechter gleichwertig berücksichtigt wird.
- Die SP setzt sich ein für einen Wechsel von der indirekten Presseförderung zu einer direkten und gattungsübergreifenden Medien- und Journalismusförderung. Im Sinne einer Produktionsförderung sollen nur diejenigen Medien unterstützt werden, die bestimmte Vorgaben bezüglich der Rahmenbedingungen journalistischer Produktion erfüllen. Die von der EMEK eingebrachte Idee einer staatsfernen Stiftung, über die eine direkte Medienförderung zukünftig laufen könnte, wird von der SP unterstützt.
- Die SP wird sich für die Beibehaltung der indirekten Presseförderung einsetzen, solange der Systemwechsel zu einem direkten Fördermodell nicht stattgefunden hat. Für die Mitgliedschaftspresse kann eine indirekte Förderung auch zukünftig eine geeignete Massnahme sein.
- Die SP drängt auf eine rasche Prüfung der Möglichkeiten, auf Grundlage von Art. 93 BV journalistische Onlinemedien bereits heute – ohne Verfassungsänderung – zu fördern.
- Die SP setzt sich dafür ein, dass die über ein Monopol verfügende Schweizerische Depeschagentur (sda) zu einer Institution des journalistischen Service public wird und dazu unter Auflagen öffentliche Unterstützung erfährt.
- Die SP setzt sich für eine Verbesserung und Ausweitung der Aus- und Weiterbildung von Journalistinnen und Journalisten ein.
- Die SP setzt sich für eine gezielte Förderung der Medienkompetenz der Bevölkerung ein. Der kompetente Umgang mit Medien sowohl auf Ebene Technik und Software wie auch Inhalt gehört heute wie Lesen, Schreiben und Alltagsmathematik zu den Grundkompetenzen und braucht deshalb einen festen Platz im Schulsystem.
- Sexistische Darstellungen und Stereotypisierungen in Medien und Internet müssen verhindert werden.

FÜR EINE INTERNETPOLITIK, DIE DEM WOHL DES EINZELNEN MENSCHEN DIENT

Ausgangslage

Sowohl unser beruflicher als auch unser privater Alltag sind zu weiten Teilen digitalisiert. Ohne Internet würden Kommunikation, Logistik, Gesundheitsversorgung oder Mobilität, so wie wir sie heute kennen, nicht funktionieren. Das Internet verändert auch die Wirtschaft und damit die Arbeitswelt auf vielfältige Weise. Dank dem Internet werden Volksbewegungen unterstützt, wenn nicht gar ermöglicht. Gleichzeitig wird das Internet von autoritären Staaten zu Überwachungs- und Zensurzwecken eingesetzt. Da das Internet durch die globale Vorherrschaft weniger Firmen wie Google, Facebook oder Microsoft und unabhängig von nationalen Gesetzgebungen dominiert wird, stellt sich die Machtfrage und die Frage, welche Rolle die Politik spielen kann und muss.

Das sind unsere Grundsätze

Der Zugang zu einem leistungsfähigen Internet gehört zu den Grundrechten, vergleichbar mit anderen Service-public-Leistungen wie öffentlicher Verkehr, Wasser oder Post. Wie jede Technologie birgt das Internet Chancen und Risiken. Wir betonen die Chancen, ohne die Risiken zu bagatellisieren. Das Internet kann einen wichtigen Beitrag leisten zur Verwirklichung einer offenen, demokratischen und solidarischen Gesellschaft, die alle integriert und Wahlfreiheit ermöglicht. Risiken wie Überwachung und Zensur, Aufruf zu Hass in sozialen Medien oder die Verbreitung von Kinderpornographie gilt es frühzeitig zu erkennen und entschieden zu bekämpfen bzw. zu regulieren. Dabei muss der Kompromiss zwischen Sicherheitsbedürfnis und Freiheit von Gesellschaft und Politik sorgfältig ausgehandelt werden. Rechte der «offline Welt» müssen auch in der «online Welt» gelten, insbesondere die Menschenrechte. Das Internet soll zum Vorteil der Gesellschaft genutzt werden und nicht den Interessen einiger Unternehmen dienen. Das setzt voraus, dass das Internet in einer gesamtgesellschaftlichen Perspektive verstanden wird.

Das hat die SP erreicht

Die SP hat 2015 eine breite Debatte zum Thema Internet lanciert. Dabei stellt sie das Internet in einen gesamtgesellschaftlichen Zusammenhang und verknüpft die damit verbundenen Chancen und Risiken mit der sozialen Frage, insbesondere mit der Bildung und dem Erhalt von Arbeitsplätzen. In verschiedenen Vorstößen fordert sie den sensiblen Umgang mit Daten, einen umfassenden Datenschutz, Transparenz bei Behördendaten und die Verwendung von Open-Source-Software. Bei der Diskussion des Lehrplans 21 hat sie sich dafür ausgesprochen, dass die Software-Kompetenz gefördert und der Umgang mit den neuen Medien integriert ist.

Das will die SP 2015 bis 2019 erreichen

- Der freie Zugang zu einem leistungsfähigen Internet muss für alle Menschen jederzeit und überall gewährleistet sein. Ein leistungsfähiger Datenstrom liegt im Interesse von Demokratie, Konsumentinnen und Konsumenten, KMU oder Medien.
- Es braucht neue griffige technische und juristische Instrumente, die unsere Persönlichkeitsrechte garantieren und die es ermöglichen, Verletzungen wirkungsvoll zu ahnden. Die Nutzerinnen und Nutzer müssen die Eigentümerinnen und Eigentümer ihrer eigenen Daten werden.
- Der Schutz der persönlichen Daten muss verstärkt werden, indem das Konzept der datenschutzfreundlichen Voreinstellungen (privacy by default) und des eingebauten Datenschutzes (privacy by design) eingeführt wird.
- Zur informationellen Selbstbestimmung gehört auch das Recht auf Vergessen. Personendaten müssen auf Gesuch einer betroffenen Person hin definitiv gelöscht werden, es sei denn, es bestehe ein legitimer Grund für die Aufbewahrung wie beispielsweise ein begründetes öffentliches Interesse.
- Wir fordern ein offenes und freies Internet für alle zu jeder Zeit und überall. Weder Staat noch Unternehmen dürfen Dienste, Quellen oder Protokolle bevorzugen oder benachteiligen. Die Netzneutralität, also die diskriminierungsfreie Behandlung des gesamten Datenverkehrs, soll gesetzlich verankert werden.
- Der öffentliche Sektor soll flächendeckend Open-Source-Software einsetzen. Dadurch werden Kosten reduziert und die Abhängigkeit von global agierenden Informatikfirmen sinkt.
- Open Government Data, die offene Zugänglichkeit und freie Wiederverwendung von Behördendaten wie Wetter, Verkehr oder Energie, muss ausgebaut werden.
- Projekte zur E-Demokratie, die die Kommunikation zwischen Institutionen, Bürgerinnen und Bürger oder Unternehmen mit Hilfe des Internets fördern, sollen weiterentwickelt werden.
- Der kompetente Umgang mit dem Internet muss allen Kindern so früh als möglich vermittelt werden. Auch beim lebenslangen Lernen spielt das Internet eine zentrale Rolle.
- Die Digitalisierung führt zu Umwälzungen der Arbeitswelt. Alle Menschen sollen die Möglichkeit erhalten, unter menschenwürdigen Bedingungen in den Arbeitsprozess integriert zu werden. Das setzt eine entsprechende Aus- und Weiterbildung voraus. Produktivitätsfortschritte müssen allen zu Gute kommen.
- Das Internet führt zu neuen Geschäftsprozessen und Innovationen. Das beinhaltet Risiken für traditionelle und Chancen für neue Unternehmen und trägt zu einer demokratischen und ökologischen Wirtschaftsweise bei. Mit gezielter Förderpolitik müssen optimale Bedingungen für diesen Wandel geschaffen werden.
- Die Geldinstitute haben es verpasst, innovative Entwicklungen einzuleiten, die auf die Bedürfnisse der Kundinnen und Kunden ausgerichtet sind und zu einem transparenten Finanzmarkt beitragen. Die Chancen des Internets müssen aktiv in die demokratisch legitimierte Finanzpolitik integriert werden.
- Vielfältiger Qualitätsjournalismus, der die «unendlichen» Informationsströme in einen gesellschaftlichen, politischen und historischen Kontext stellt und dabei zunehmend das Internet nutzt, muss direkt und gattungsübergreifend gefördert werden.

- Durch die Digitalisierung ergeben sich neue Nutzungsmöglichkeiten von kulturellen Werken, aber auch zahlreiche Herausforderungen. Die SP wird sich für ein modernes Urheberrecht einsetzen und den Dialog mit den Betroffenen suchen.
- Das «Internet der Dinge» – tragbare Minicomputer, intelligente Kühlschränke oder selbstfahrende Autos – wird unsere Gesellschaft stark verändern. Diese Entwicklung bietet viele Chancen. Risiken wie die totale Überwachung oder der Verlust der Privatsphäre erfordern aber eine wissenschaftliche und politische Begleitung des Prozesses.
- Das kollektive Wissen und die brachliegenden Ressourcen unserer Gesellschaft sollen von allen genutzt werden können. Die Nutzung von Schwarm-Intelligenz, «Sharing-Plattformen», bei denen das Teilen bzw. das gemeinsame Nutzen im Vordergrund stehen und nicht das Haben, sollen weiterentwickelt werden.
- Mit eHealth können Versorgungsqualität und Patientensicherheit verbessert werden. Datenschutz hat höchste Priorität. Krankenkassen oder Pharmakonzerne dürfen keinen unkontrollierten, nicht von den Patientinnen und Patienten bewusst abgesehenen Zugriff auf Gesundheitsdaten erhalten.
- Kriminelle Aktivitäten im Internet wie illegaler Verkauf von Medikamenten, Betrug oder Kinderpornographie müssen gezielt angegangen werden. Es gilt sorgfältig gesellschaftlich und politisch auszuhandeln, wie das sensible Gleichgewicht zwischen Strafverfolgungs- und Sicherheitsbedürfnis sowie grundlegenden Freiheitsrechten gefunden werden kann.
- Die Vernetzung führt dazu, dass das Internet für terroristische Zwecke missbraucht werden kann. Der Schutz der Infrastruktur hat hohe Priorität und muss auf ziviler Basis und demokratisch legitimiert und kontrolliert erfolgen.
- Aussenpolitische Prioritäten wie Rechtsstaatlichkeit sollen im Internet umgesetzt werden. Die Schweiz kann in der Cybersicherheit eine aktive Rolle spielen und ihre Erfahrungen, was das Zusammenspiel von Sicherheit und Menschenrechten angeht, einbringen.

FÜR EINE AKTIVE KULTURPOLITIK, DIE DEN ZUSAMMENHALT DER MENSCHEN FÖRDERT

Ausgangslage

Eine eigene kulturelle Identität ist wichtig für das Individuum und stärkt die kulturelle Vielfalt des Landes mit seinen Werten, Traditionen und Ausdrucksformen. Globalisierung, Digitalisierung, demografischer Wandel, Individualisierung und Urbanisierung sind Trends, die zunehmend auch auf die Kulturpolitik Einfluss nehmen. Neben Chancen bedeutet dies eine Herausforderung für die kulturelle Vielfalt. Neue Vertriebskanäle ermöglichen einen anderen Zugang zu kulturellen Angeboten. Das Kulturangebot steht aber auch in Konkurrenz zu anderen Möglichkeiten, die Freizeit zu gestalten. Auch die Digitalisierung stellt eine Herausforderung und eine Chance dar, die es zu nutzen gilt. Eine aktive Kulturförderpolitik ist volkswirtschaftlich von Bedeutung: Die Kultur- und Kreativbranche beschäftigt mehr als 200 000 Personen in gut 40 000 Betrieben und trägt über 4 Prozent zum BIP bei.

Das sind unsere Grundsätze

Eine aktive Kulturpolitik leistet einen Beitrag für eine offene und tolerante Schweiz. Indem sie die Vielfalt der Kulturen und Sprachen stärkt, trägt sie zum Zusammenhalt des Landes bei. Eine aktive Kulturpolitik soll nicht nur kultur- sondern auch staatspolitische Akzente setzen und eine Gesamtstrategie definieren. Kultur darf durchaus «nur» Unterhaltung sein. Kultur kann und soll die Menschen aber auch als Staatsbürgerinnen und -bürger ansprechen. Indem Kunst und Kultur Grenzen verschieben oder aufheben, schaffen sie Nähe und Verständnis. Sie hinterfragen, schärfen die Sinne und die Wahrnehmung und ermöglichen einen Perspektivenwechsel. Diskussionen über Werte und Normen unserer Gesellschaft werden initiiert und gestaltet. Alle Bevölkerungskreise sollen deshalb von einem öffentlich geförderten Kulturangebot Gebrauch machen können.

Das hat die SP erreicht

Die SP setzt sich seit Jahren für eine aktive und ausreichend finanzierte Kulturförderpolitik ein, die allen Menschen zugänglich ist. Sie hat dazu beigetragen, dass die Förderung des Kulturschaffens als eine zentrale Staatsaufgabe verstanden wird. Dabei hat sie die Kulturpolitik in einen gesellschaftlichen und sozialen Zusammenhang gestellt. Insbesondere die Frage des Zusammenhalts, u.a. was den Fremdsprachenunterricht angeht, hat sie erfolgreich thematisiert.

Das will die SP 2015 bis 2019 erreichen

- Die Idee einer «Nationalen Kulturpolitik» mit dem Ziel, Kräfte und Mittel zu bündeln, inhaltliche Kohärenz zu schaffen und den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu verbessern, soll umgesetzt werden. Die Zivilgesellschaft sollte dabei noch aktiver einbezogen werden.

- Nach der Abstimmung vom 9. Februar 2014 ist eine Teilnahme an den Kulturprogrammen der EU nicht mehr möglich. Der Bundesrat muss sich deshalb mit Nachdruck für eine Teilnahme so rasch als möglich einsetzen.
- Der Zugang zum Kulturangebot für alle Menschen in allen Landesregionen soll verbessert werden. Die digitale Informationsverarbeitung und -vermittlung entfaltet grosses Innovationspotenzial, das für die Teilhabe an Kultur genutzt werden sollte.
- Die Situation vieler Kulturschaffender ist namentlich bei der beruflichen Vorsorge verbesserungswürdig. Es braucht weitere Massnahmen, vor allem, was die soziale Absicherung angeht.
- Die Schule ist der allen zugängliche Ort der frühen Kulturvermittlung. Sie sollte in ihrem Kulturauftrag gestärkt werden. Gestalterische Fächer sollen einen hohen Stellenwert im Lehrplan haben.
- Dem obligatorischen Unterricht einer zweiten Landessprache in der Primarschule kommt höchste Bedeutung zu. Kantonale Lösungen, die zu einer Benachteiligung der zweiten Landessprache führen, gefährden die Verständigung zwischen den Sprachgemeinschaften.
- Der neue Musikartikel in der Verfassung muss konsequent umgesetzt werden. In der Schule sollen Bund und Kantone für einen hochwertigen Musikunterricht sorgen. In der Freizeit sollen alle Kinder und Jugendlichen die Möglichkeit haben, sich musikalisch zu betätigen.
- Der Leseförderung muss ein höherer Stellenwert beigemessen werden. Ungenügende Lese- und Schreibfähigkeiten führen zu kultureller, sozialer und wirtschaftlicher Ausgrenzung.
- Der unabhängige Buchhandel soll gefördert werden, umso mehr nach der Abschaffung der Buchpreisbindung. Verlagsförderung soll insbesondere dort zum Tragen kommen, wo der kleine, in vier Sprachregionen segmentierte Buchmarkt es den Verlagen verunmöglicht, marktwirtschaftlich tätig zu sein.
- Ohne die Unterstützungsmassnahmen des EU-Filmförderprogramms MEDIA gerät die Schweizer Film- und Audiovisionsbranche unter existenziellen Druck. Um den Schweizer Film effektiv fördern zu können, muss eine erneute rasche Assoziierung an das MEDIA-Abkommen angestrebt werden.
- Kultur wirkt positiv auf Kreativität und Innovationskraft und betreibt damit auch Wirtschaftsförderung. Innovations- und Start-up-Förderung in diesem Bereich sollen deshalb gezielt vorangetrieben werden.
- Die Sammlungspolitik bei den digitalen Medien sollte verstärkt zum Thema der nationalen Kulturförderung werden. Verschiedene Gedächtnisinstitutionen haben ihre Sammelfelder auf digitale Medien ausgeweitet, eine Koordination ist unabdingbar.
- Der Erhalt und die Pflege von Kulturgütern wie identitätsstiftenden Ortsbildern, schützenswerten Baudenkmalern oder archäologischen Stätten müssen mit hoher Priorität und ausreichenden Mitteln umgesetzt werden, um das kulturelle Erbe vor weiteren Schäden zu bewahren.
- Menschen jenseitiger Herkunft sollen ihre Kultur pflegen können. Dies gilt namentlich für die nomadische Lebensweise und die Sprache.

A close-up photograph of a golden-brown cupcake in a white paper liner. Several small European Union flags on sticks are stuck into the top of the cupcake. In the background, there is a glass of beer with a dark head of foam and a yellow object, possibly a lemon wedge. The text "EUROPA, AUSSENPOLITIK UND INTERNATIONALES" is overlaid in white, bold, sans-serif font across the center of the image.

EUROPA, AUSSENPOLITIK UND INTERNATIONALES

FÜR DIE WEITERENTWICKLUNG VERLÄSSLICHER UND GUTER BEZIEHUNGEN ZUR EU

Ausgangslage

Europa und die Schweiz stehen an einem Scheideweg. Belastungen der europäischen Integration fallen zeitlich mit der Ungewissheit zusammen, wie und ob überhaupt die bisherigen vertraglichen Beziehungen der Schweiz mit der EU fortgesetzt werden können. Beide Herausforderungen drohen sich gegenseitig negativ zu verstärken, rechtspopulistische, antieuropäische Stimmungen haben Auftrieb. Massenarbeitslosigkeit und fehlende Perspektiven für die junge Generation bei explodierenden Vermögen und Einkommen ganz oben sowie Sparwahn statt Investitionen in eine nachhaltige Zukunft gehen uns alle an, denn längst bilden die EU und Schweiz eine Schicksalsgemeinschaft. Auf dem Spiel stehen nicht weniger als die Erhaltung des Friedens und die Zukunftsfähigkeit des europäischen Sozialmodells.

Nicht erst seit der Abstimmung vom 9. Februar 2014 ist klar, dass es keine Rückkehr zum so genannten bilateralen Weg nach bisherigem Modell gibt, und dies aus zwei Gründen nicht: Erstens braucht es eine beidseits annehmbare Lösung der «institutionellen Frage», d. h. einen rechtlichen Mechanismus zur Übernahme und einheitlichen Anwendung des europäischen Rechts und zur Streitbeilegung, soweit die Schweiz sektoriell am Binnenmarkt teilnimmt. Zweitens muss sich die Schweiz klar und unmissverständlich zur Personenfreizügigkeit bekennen, d. h. auf Kontingente und bürokratischen Inländervorrang verzichten und das Kroatien-Protokoll ratifizieren.

Das sind unsere Grundsätze

Die SP will keine Rückkehr zu Nationalismus oder schon gar nicht den Zerfall der EU, sondern vielmehr die Stärkung und die Weiterentwicklung des europäischen Integrationsprozesses auf dem gesicherten Boden der europäischen Wertegemeinschaft. Unser Ziel ist und bleibt ein demokratisch verfasstes, soziales und ökologisches Europa im Dienste aller. In dieser Perspektive steht die SP für die Weiterentwicklung der guten, vertraglich geregelten Beziehungen der Schweiz zur EU ein. Die politischen Mitwirkungsrechte der Schweiz auf europäischer Ebene müssen ausgebaut, die Personenfreizügigkeit nicht weniger frei, sondern fairer ausgestaltet und auch die erforderlichen inneren Reformen in der Schweiz energisch angepackt werden. Denn die Fortsetzung der Öffnungspolitik gelingt vor dem Volk allein dann, wenn deren Früchte gerecht verteilt und deren Kosten wirksam minimiert werden.

Das hat die SP erreicht

Unterstützt von der SP schloss die Schweiz in der vergangenen Legislatur mit der EU weitere Abkommen ab, so zum Wettbewerbsrecht, der Satellitennavigation und europäischen Verteidigungsagentur. Zudem entwickelte die Schweiz bestehende Abkommen mit der EU weiter, etwa die Assoziationsabkommen von Schengen und Dublin, das Güterverkehrsabkommen (Zollabfertigungs-Erleichterungen), den

Schutz von Herkunftsbezeichnungen sowie Ergänzungen zum Luftverkehrsabkommen.

Erfolgreich setzte sich auch die langjährige SP-Forderung zur Einführung des Automatischen Informationsaustausches (AIA) in Steuersachen durch und die Abschaffung diskriminierender Steuerprivilegien bestimmter Unternehmen. Sehr wichtig war die deutliche Ablehnung der gefährlichen Ecopop-Initiative. Ferner gelang es der SP, die Wirksamkeit der flankierenden Massnahmen zum Schutz vor Lohn- und Sozialdumping weiter zu erhöhen, so mittels neuer Massnahmen gegen die Scheinselbständigkeit, verschärfter Sanktionen bei Verstössen und neuer Haftungsregeln bei der Weitergabe von Aufträgen an Subunternehmer. Auch die Verschärfung des Raumplanungsgesetzes gehört zu den erfolgreich durchgesetzten erweiterten flankierenden Massnahmen zur Personenfreizügigkeit.

Das will die SP 2015 bis 2019 erreichen

- Die SP setzt sich für die umfassende Weiterentwicklung der guten vertraglichen Beziehungen der Schweiz zur EU ein, denn eine Rückkehr zum alten bilateralen Weg ist heute ausgeschlossen und ein Abbruch wäre fatal.
- Die SP steht für eine beidseits annehmbare vertragliche Lösung der «institutionellen Frage» und verbindet dies mit folgenden drei Erwartungen: Erstens darf die gefundene Lösung einer weitergehenden Annäherung der Schweiz an die EU nicht im Wege stehen. Zweitens muss sie mit einem Ausbau der politischen Mitwirkungsrechte von Bundesrat und Parlament bei neuem EU-Recht verbunden sein. Und drittens darf die Lösung keine Einschränkung bei den flankierenden Massnahmen und bei den weiteren inneren Reformen mit sich bringen, welche die Schweiz begleitend zu ihrer Öffnungspolitik zum Schutz und Ausbau ihrer sozialen Errungenschaften ergreift.
- Die Personenfreizügigkeit darf nicht weniger frei, sondern muss fairer werden. Eine Rückkehr zum Saisonnierstatut oder zu Kontingenten würde die SP mit allen Mitteln bekämpfen. Statt einfach Personal aus dem Ausland abzuwerben, muss die Schweiz sehr viel mehr in die Ausbildung ihrer eigenen Fachleute investieren und dafür sorgen, dass Frauen, über 50jährige und in der Schweiz ansässige Migrantinnen und Migranten verstärkt am Arbeitsmarkt teilnehmen können – dank einer Bildungsoffensive, mehr Krippen, neuen Arbeitszeitmodellen und Diplomanerkennung. Zudem müssen zusätzliche Investitionen in den öffentlichen Verkehr, eine bessere Raumplanung und eine neue Steuerpolitik dafür sorgen, dass Gewinn und Kosten einer offenen Schweiz gerechter als bisher verteilt werden.
- Sobald die aktuelle Blockade in den Beziehungen der Schweiz zur EU überwunden ist, wird die SP für den Abschluss weiterer für die Schweiz wichtiger Abkommen mit der EU einstehen: Für die volle Mitwirkung der Schweiz am Forschungsprogramm Horizon 2020, am Bildungsprogramm Erasmus+ und am Programm Kreatives Europa, zu dem u.a. die EU-Programme Kultur und Filmförderung MEDIA gehören. Auch steht die SP für den Ausbau der sektoriellen Teilnahme der Schweiz am Binnenmarkt und den Abschluss neuer Abkommen für Strom und Energie, Chemie (REACH) und Finanzdienstleistungen.

Ausgangslage

Nach der schlagartigen Aufgabe des Euro-Mindestkurses steht die Schweizer Ausenwirtschaft vor gewaltigen Herausforderungen. Auch die grosse Unsicherheit über die zukünftige Ausgestaltung der Beziehungen der Schweiz zur EU ist Gift für den Werkplatz Schweiz. Das geplante Transatlantische Partnerschaftsabkommen der EU mit den USA (TTIP) könnte sich zusätzlich nachteilig auf die Schweizer Wirtschaft auswirken. Diesen Herausforderungen steht gegenüber, dass die Schweizer Standortqualität im internationalen Vergleich nach wie vor einen Spitzenplatz belegt. Hauptgründe sind der soziale Frieden, die hohe Qualität des Bildungswesens, der Infrastruktur sowie des Service public, die politische Stabilität und die hohe Lebensqualität. Diese Grundpfeiler des Schweizer Erfolgsmodells werden heute durch den von Economiesuisse vertretenen Teil der Schweizer Wirtschaftselite in Frage gestellt. Sie nimmt mit ihrer aggressiven Steuersenkungspolitik in Kauf, die erwähnten Grundlagen der Schweizer Standortqualität auszuhöhlen und aus der Schweiz stattdessen einen Offshore-Standort zu machen, der seinen Wettbewerbsvorteil auf die Unterlaufung internationaler Standards aufbaut. Auch die Stimmungsmache gegen die EU verfolgt das strategische Ziel, europäisches Recht zu unterlaufen und stattdessen den Handel mit oft autokratisch regierten Schwellenländern wie China, Russland und Indien forciert zu liberalisieren.

Das sind unsere Grundsätze

Die SP will keine Wirtschaft im Dienste einiger weniger, sondern im Dienste aller. Die Standortqualität der Schweiz wird durch mehr Investitionen in den sozialen Zusammenhalt, in Bildung, Innovation, Infrastruktur und Lebensqualität gestärkt und nicht durch eine Steuerpolitik, welche die Leistungsfähigkeit der Schweiz und ihrer Partnerstaaten aushöhlt. Die SP will fairen Handel und nicht bloss Freihandel. Sie steht für eine Unternehmenspolitik, die internationale Arbeits-, Sozial- und Umweltstandards und jene der Partnerstaaten respektiert. Solche Standards müssen multi- und bilateral verbindlich geregelt, geschlechtergerecht ausgestaltet und tatsächlich umgesetzt werden. Transnational tätige Unternehmen müssen zur Einhaltung der Menschenrechte beitragen und diesbezüglich zur Rechenschaft gezogen werden können. Dafür braucht es griffige Sorgfaltspflichten, eine transparente Rechnungslegung, mehr Einfluss der internationalen Organisationen, namentlich der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO), und einen starken Multilateralismus, statt deregulierende bilaterale Abkommen.

Das hat die SP erreicht

Auf Druck der SP anerkannte der Bundesrat den Grundsatz, dass Freihandelsabkommen der Schweiz Kapitel über soziale und ökologische Nachhaltigkeit und die

Einhaltung der Menschenrechte enthalten müssen. Auch bei ersten Investitionsschutzabkommen setzte die SP durch, dass in diesen das Recht auf Regulierung und ein Verbot zur Senkung erreichter Arbeits- und Umweltstandards verankert wurde. Erfolgreich war die SP zudem mit der Forderung, dass die Schweiz nach einer langen Zwischenphase endlich wieder begonnen hat, Konventionen der Internationalen Arbeitsorganisationen (IAO) zu unterzeichnen und ratifizieren. Auf Druck der SP ergriff der Bundesrat aussenpolitische Initiativen zugunsten einer globalen Migrationspolitik, welche die Chancen der Migration durch kohärentes internationales Handeln stärkt und deren Risiken eindämmt.

Das will die SP 2015 bis 2019 erreichen

- Die Schweiz muss als führender Rohstoffhandelsplatz wirksame Massnahmen gegen den «Rohstoff-Fluch» ergreifen, damit Länder mit besonders reichen Rohstoffvorkommen nicht länger besonders korrupte Regierungen mit einer besonders schlechten Menschenrechtssituation und besonders ungerechten Verteilung des Reichtums aufweisen. Zu diesen Massnahmen gehört eine erhöhte Sorgfaltspflicht der Konzerne, hohe Transparenz im Rechnungswesen mit länderweise konsolidierten Zahlen und eine starke Aufsicht in der Schweiz.
- Die Aussenwirtschaftspolitik der Schweiz muss sich verstärkt wieder Europa zuwenden und die bisherige prioritäre Ausrichtung an zweifelhaften so genannten «aufstrebenden Märkten» in Übersee grundlegend überprüfen.
- Bilaterale Freihandelsabkommen der Schweiz und der EFTA sollen Kapitel über soziale und ökologische Nachhaltigkeit und die Einhaltung der Menschenrechte enthalten und wirksame institutionelle Vorkehrungen vorsehen, damit solche Bestimmungen tatsächlich durchgesetzt werden.
- Das heutige Geflecht von weit über 100 bilateralen Investitionsschutzabkommen der Schweiz muss überprüft und nachhaltig ausgestaltet werden. In alle gehört das Recht auf Regulierung, das Verbot zur Verschlechterung von Standards, um daraus Wettbewerbsvorteile abzuleiten, eine Stärkung des nationalen Rechtswegs an Stelle des viel zu leichten direkten Zugangs zu intransparenten internationalen Schiedsgerichten und neu auch Vorschriften über Transparenz und Sorgfaltspflichten der Investoren.
- Die SP wird alle Freihandelsabkommen ablehnen, welche den Service public, die öffentlichen Betriebe, den Arbeitsschutz, die öffentliche Gesundheit, den Daten- oder Umweltschutz aufweichen oder Finanzmarktregulierungen schwächen. Allfällige Schiedsgerichtliche müssen höchsten Ansprüchen an Transparenz und Rechtsstaatlichkeit genügen, der Zivilgesellschaft Verfahrens- und Eingriffsrechte einräumen und sollen nur angerufen werden können, wenn vorgängig alle nationalen Gerichtsinstanzen geurteilt haben.
- Die Währungspolitik muss dazu beitragen, dass die Schweizer Exportwirtschaft international eine Chance hat. Der Aufwertungsdruck darf nicht als Argument missbraucht werden, um die Grundlagen der Schweizer Standortqualität auszuhöheln: Bildung, Infrastruktur, Service public, Lebensqualität.
- Die globale Umweltpolitik der Schweiz muss gestärkt und verbindliche globale Klimaziele müssen formuliert und durchgesetzt werden.

FÜR EINE AKTIVE UND SOLIDARISCHE AUSSENPOLITIK UND STARKE MULTILATERALE ORGANISATIONEN

Ausgangslage

Die Aussenpolitik der Schweiz ist über weite Teile einer breiteren Öffentlichkeit kaum bekannt. Sie geht deutlich über die Dienstleistungen hinaus, welche die Schweiz etwa im Rahmen ihrer OSZE-Präsidentschaft 2014 geleistet hat. So gehört die Schweiz in der UNO zu den angesehenen Mitgliedstaaten, wo sie in Bereichen wie menschliche Sicherheit, Klimaschutz, Völkerrecht und Reform des Sicherheitsrates anerkannte Beiträge leistet. Auch im IWF und der Weltbank übt die Schweiz ihren Einfluss aus, indem sie mit Polen, Serbien, Aserbaidschan, Kasachstan, Usbekistan, Kirgistan, Tadschikistan und Turkmenistan eine Stimmrechtsgruppe bildet. Ohne starke Verbündete und oft auf sich allein gestellt, kann die Schweiz aber mancherorts nicht jenen Einfluss geltend machen, der ihr als global bedeutender Finanzplatz und mittelgrosse Wirtschaftsmacht zusteht. Dies macht etwa ihre Abwesenheit an den G-20-Gipfeltreffen deutlich. Die Schweiz hat sich nur ungenügend mit Partnern vernetzt, um ihre Interessen wirksam einzubringen und nimmt zu Fragen der internationalen Gerechtigkeit und Solidarität viel zu zurückhaltend Stellung. Ein reiches Land wie die Schweiz kann sich den Luxus nicht erlauben, kaum zur Lösung globaler oder europäischer Herausforderungen beizutragen. Nicht Alleingang, sondern breite und engagierte multilaterale Mitwirkung ermöglicht, Interessen wirksam wahrzunehmen und die demokratische Handlungsfähigkeit zu stärken.

Das sind unsere Grundsätze

Die SP setzt sich für eine aktive, mit starken Partnern vernetzte, multilateral orientierte und mit ausreichend Ressourcen ausgestattete Aussenpolitik ein. Die Schweiz soll laut Bundesverfassung «zur Linderung von Not und Armut in der Welt, zur Achtung der Menschenrechte und zur Förderung der Demokratie, zu einem friedlichen Zusammenleben der Völker sowie zur Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen» beitragen. Diese Ziele gelten für alle Aussenbeziehungen der Schweiz, auch Aussenwirtschaft und Sicherheitsfragen. Entsprechend ist die Kohärenz in der Aussenpolitik deutlich zu erhöhen. Die SP steht für eine starke UNO und starke multilaterale Organisationen, die das Völkerrecht achten und weiterentwickeln. Nicht das Recht der Mächtigen, sondern die Macht des Rechts soll gelten.

Für die SP bilden die politischen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Menschenrechte den Kern jeder humanen Gesellschaft. Sie sind universell und unteilbar und sollen jedem Individuum voraussetzungslos zustehen. Die SP will den Frieden vorab durch die Schaffung gerechter Verhältnisse und durch soziale und nachhaltige Entwicklung unter demokratischer Mitwirkung aller fördern, denn ohne Entwicklung gibt es keinen Frieden und keine Sicherheit. Wir wissen gleichzeitig, dass es ohne Frieden und Sicherheit keine Entwicklung gibt. Wir wollen zu beidem beitragen und uns der Verantwortung für wirksamen Schutz vor Gewalt nicht entziehen.

Das hat die SP erreicht

Unterstützt von der SP hat die Schweiz ihr Engagement in der UNO ausgebaut, ihre Kandidatur für eine Mitgliedschaft im Sicherheitsrat weiter aktiv verfolgt und zusammen mit gleichgesinnten Staaten aus aller Welt Vorschläge zur Reform dieses wichtigsten UNO-Organs vorlegt. Die SP trug weiter dazu bei, dass die Schweiz dem UNO-Abkommen über die Rechte behinderter Menschen sowie zum Schutz aller Personen vor dem Verschwindenlassen beitrug und der Bundesrat den Beitritt der Schweiz zur europäischen Sozialcharta vortrug, indem er Hindernisse im Bereich der Lehrlingslöhne aus dem Weg räumte.

Schliesslich trat die Schweiz dem UNO-Waffenhandelsabkommen bei und ebenso dem Abkommen über Streumunition. Auch unterstützte SP den Bundesrat in seiner Politik zur vollständigen Abrüstung von Massenvernichtungswaffen und Erarbeitung von verbindlichen Richtlinien für international tätige private Sicherheitsfirmen.

Das will die SP 2015 bis 2019 erreichen

- Die SP will, dass die Schweiz ihr Engagement in der UNO ausbaut, ihre Kandidatur für eine Mitgliedschaft im Sicherheitsrat aktiv verfolgt, zur Reform dieses wichtigsten UNO-Organs beiträgt und ihr Netzwerk in der UNO stärkt.
- Auch in Gesamteuropa und im Mittelmeerraum muss die Schweiz den Multilateralismus stärken und eine international abgestimmte Gesamtstrategie für Frieden, Entspannung und soziale Gerechtigkeit entwickeln. Nicht Ausgrenzung und Aufrüstung, sondern Einbindung und Wahrnehmung gemeinsamer Interessen müssen begleitend sein.
- Die SP versteht sich als Menschenrechtspartei. Sie will durchsetzen, dass die Schweiz alle Beziehungen mit autokratisch regierten und die Menschenrechte verletzenden Staaten gezielt und nachweisbar nutzt, um die Achtung der Menschenrechte durchzusetzen.
- Ein wohl geordneter Staat ist Voraussetzung für sozialen und ökologischen Fortschritt. Die Korruption muss entschieden bekämpft, die demokratische Partizipation auf allen Stufen erhöht und das staatliche Gewaltmonopol gegenüber Warlords und privaten Sicherheitsfirmen durchgesetzt werden. Dafür braucht es eine durchsetzungsfähige UNO, mehr Einfluss der internationalen Organisationen, einen starken Multilateralismus und ein Völkerrecht, das die Straflosigkeit von verbrecherischem staatlichem Handeln ausschliesst.
- Die SP steht für den Beitritt der Schweiz zur europäischen Sozialcharta und eine aktive, konstruktive Mitarbeit in der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) ein. Die Schweiz muss IAO-Konventionen rascher beitreten und diese konsequenter als bisher umsetzen. Namentlich muss sie endlich die IAO-Konvention Nr. 98 einhalten und den Kündigungsschutz für Gewerkschaftsvertreterinnen und Gewerkschaftsvertreter sowie Personen, die einen Missstand anzeigen (Whistleblower) wirksam vor missbräuchlicher Kündigung schützen.

FÜR EINE WIRKSAME ENTWICKLUNGSPOLITIK, DIE ARMUT BEKÄMPFT, IN FRAGILEN STAATEN AKTIV BLEIBT UND GLOBALE ÖFFENTLICHE GÜTER SCHÜTZT

Ausgangslage

Entwicklungspolitik und Entwicklungszusammenarbeit ist mehr, als Almosen für die Armen zu verteilen. Ein kurzer Blick in die Welt genügt, um die dramatischen Folgen einer Politik zu erkennen, die sich nicht wirksam um Armutsbekämpfung, nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung und den Schutz der Globalen Güter (Klima, Frieden, Kontrolle ansteckender Krankheiten usw.) kümmert. Wir können es uns in einer globalisierten Welt nicht leisten, dass mehr als eine Milliarde Menschen Hunger leidet, während 1 Prozent der Weltbevölkerung gleich viel Vermögen für sich beansprucht wie die übrigen 99 Prozent. Die grossen globalen Herausforderungen – Armut, Klima, zerfallende Staaten mit allen Folgeproblemen wie Flüchtlinge, Gewalt und Terrorismus – entscheiden über die Zukunft von uns allen. Es wäre eine verhängnisvolle Illusion zu meinen, all diese Herausforderungen könnten – womöglich gar mit Panzern und Kanonen! – an der Schweizer Grenze abgewehrt werden. Entweder gelingt es uns, die globalen Herausforderungen gemeinsam zu lösen, oder sie fallen früher oder später mit aller Wucht auf uns zurück. Die Schweiz hat als weltweit wichtigster Rohstoffhandelsplatz und weltweite Nummer eins im grenzüberschreitenden Vermögensverwaltungsgeschäft mit Privatkunden eine besondere Verantwortung wahrzunehmen.

Das sind unsere Grundsätze

Die Schweiz muss als bedeutende Nutzniesserin der Globalisierung ihre Verantwortung wahrnehmen, auf internationaler Ebene für eine gerechte und friedliche Weltordnung eintreten und vermehrt zur Erreichung der Ziele für eine Nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals, SDG) qualitativ und quantitativ beitragen. Die Ziele sind Ausdruck der Bedürfnisse und Grundrechte, die jedem Menschen zustehen: Freiheit von extremer Armut, Hunger und Gewalt; eine hochwertige Bildung; produktive und menschenwürdige Beschäftigung; ein guter Gesundheitszustand; menschenwürdiger Wohnraum; das Recht jeder Frau, ohne Gefahr für ihr Leben Kinder zu gebären und eine Welt, in der die ökologische Nachhaltigkeit Vorrang hat und in der Frauen und Männer gleichgestellt leben. Die SP anerkennt, dass die Schweiz entsprechende Anstrengungen der internationalen Gemeinschaft unterstützt. Der Bundesrat muss aber auch innerstaatlich die Voraussetzungen schaffen, damit sich die verschiedenen international wirksamen Sektoralpolitiken nicht widersprechen.

Das hat die SP erreicht

Die SP hat erfolgreich alle Angriffe auf den Grundsatzentscheid von 2008 abgewehrt, die Entwicklungshilfe bis 2015 auf einen Anteil von 0,5 Prozent des Bruttonationaleinkommens (BNE) anzuheben. Dank jahrzehntelangem Einsatz der SP geht die Schweiz gegenüber rund 40 Ländern zum Automatischen Informationsaustausch in

Steuersachen über und gewährt rund weiteren 45 Staaten auf Anfrage Amtshilfe, damit diese ihre Steuergesetze vollziehen können. Die SP setzte erfolgreich das Thema Rohstoffhandel und das Thema der unlauteren und unrechtmässigen Finanzflüsse aus Entwicklungsländern (illicit financial flows IFF) auf die politische Agenda. Die Mittel, die dadurch Entwicklungsländern abhandenkommen, übersteigen die öffentliche Entwicklungshilfe um ein Mehrfaches.

Das will die SP 2015 bis 2019 erreichen

- Die SP unterstützt die Erarbeitung eines universellen, inklusiven Zielrahmens Post-2015 für Nachhaltige Entwicklung mit Gültigkeit für alle Länder und setzt sich für dessen konsequente Umsetzung auch in der Schweiz ein.
- Politikbereiche ausserhalb der Entwicklungszusammenarbeit (non-aid policies) sind für die Entwicklungsländer und eine nachhaltige Nutzung natürlicher Ressourcen bedeutsamer als die öffentliche Entwicklungshilfe. Deshalb sind alle sektoriellen Politiken – für Geld-, Währungs- und Finanzmärkte, Steuern, Handel, Investitionen, Technologie, Migration usw. – darauf auszurichten, dass sie entwicklungspolitische Zielsetzungen unterstützen und diese nicht aushöhlen.
- Es genügt nicht, den weltweiten Konsens mitzutragen, die Entwicklungshilfe auf 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens anzuheben. Vielmehr muss dieses Ziel mit Blick auf die wachsende Zerstörung der Globalen Öffentlichen Güter und namentlich den Klimawandel nun tatsächlich umgesetzt werden. Finanzielle Leistungen, welche die Schweiz in der internationalen Klima- und Umweltpolitik übernimmt, dürfen nicht auf Kosten der Entwicklungszusammenarbeit gehen, sondern müssen zusätzlich finanziert werden.
- Die Schweiz soll sich der Initiative von elf EU-Staaten anschliessen und eine Finanztransaktionssteuer einführen, welche die internationale Spekulation eindämmt und finanzielle Mittel für die nachhaltige Entwicklung bereitstellt.
- Armutsbekämpfung und Schutz globaler öffentlicher Güter sind in der Entwicklungszusammenarbeit zentral, ebenso Programme, die auf der wirtschaftlichen Bedeutung der Frauen aufbauen, die Berufsbildung und Einhaltung der Arbeitsrechte stärken und die Demokratisierung fördern. Die Schweiz muss beitragen, die Rolle der Internationalen Arbeitsorganisation IAO in der Entwicklungspolitik zu stärken und die Entwicklungszusammenarbeit in fragilen Staaten ausbauen, die von anhaltenden Konflikten, Gewalt, extremer Armut, unzureichend legitimierten Regierungen und instabiler Staatsführung geprägt sind.
- Die Schweiz muss sicherstellen, dass herrschende Eliten in Entwicklungs- und Schwellenländern sowie dort tätige internationale Konzerne nicht mittels Steuermanipulationen, «kreativer» Rechnungslegung und Kapitalflucht ihre Völker betrügen können. Multis sind gesetzlich zu verpflichten, über die Einhaltung von Umwelt- und Menschenrechtsstandards Rechenschaft abzulegen und sollen bei Verstössen gerichtlich belangt werden können. Die Rechnungslegung muss verhindern, dass sich Multis mit manipulierten Transferzahlungen der Steuerpflicht entziehen oder Bestechungsgelder verstecken.

SICHERHEIT, STRAFRECHT UND FRIEDEN



FÜR MEHR LEBENSQUALITÄT DANK MEHR ÖFFENTLICHER SICHERHEIT FÜR ALLE

Ausgangslage

Glücklicherweise gehört die Schweiz im internationalen Vergleich zu den Staaten mit einer besonders hohen öffentlichen Sicherheit. Sicherheit stellt sich aber nicht von selber ein, sondern muss immer wieder aufs Neue erarbeitet werden. Die Grundlage unserer Sicherheit – eine inklusive Gesellschaft – ist durch neuere Entwicklungen gefährdet: Durch die soziale Spaltung der Gesellschaft, die Ausgrenzung von Minderheiten, Hasspropaganda gegen den Islam und andere Religionen, die brutale Abwehr von Flüchtlingen, die zu Tausenden im Mittelmeer ertrinken, und durch unsere Passivität gegenüber ungelösten Konflikten an den Rändern Europas. Sie bilden den Nährboden für grenzüberschreitende Sicherheitsrisiken wie Schlepperwesen, Menschenhandel, organisierte Kriminalität und Terrorismus. Immer wieder benutzen zudem kriminelle und terroristische Gruppen im Ausland die Schweiz für logistische Zwecke, für Geldwäscherei oder als Rückzugsgebiet. Da muss Gegensteuer gegeben werden, bevor etwas Schlimmeres passiert.

Das sind unsere Grundsätze

Öffentliche Sicherheit und Sicherheit im Alltag bilden eine unverzichtbare Voraussetzung von Lebensqualität. Sicherheit ist ein öffentliches Gut und ein Menschenrecht zugleich und soll vom Staat als Service public bereitgestellt werden. Dabei sind die Achtung der Grundrechte, die Einhaltung rechtsstaatlicher Verfahren und die Unabhängigkeit der Justiz zentral. Armee und private Sicherheitsdienste müssen aus der inneren Sicherheit zurückgedrängt werden.

Die SP hat ein umfassendes Sicherheitsverständnis. Sicherheit hängt entscheidend davon ab, ob alle über soziale und wirtschaftliche Entwicklungsperspektiven verfügen und die Möglichkeit haben, diese zu verwirklichen. Hinzu kommt die erfolgreiche und gezielte Bekämpfung von Gewalt, Unsicherheit und Kriminalität. Auch im innerhäuslichen Bereich trägt der Staat für die Sicherheit Mitverantwortung. Besondere Bedeutung kommt der internationalen Sicherheitszusammenarbeit zu. Transnationale Kriminalität wie organisierte Kriminalität, Menschenhandel und Cyberkriminalität können nur grenzüberschreitend erfolgreich bekämpft werden.

Das hat die SP erreicht

Dank der Hartnäckigkeit und dem geschickten Vorgehen der SP konnte der Schutz vor Waffengewalt in der Schweiz deutlich verstärkt werden. 1998 zählte die Schweiz 466 Schusswaffentote (Summe aus Suizid und Tötung), 2012 waren es 222, also weniger als die Hälfte. Ein strengeres Waffengesetz, ein erschwerter Zugang zu Armeewaffen und ein nationales Waffenregister retteten Hunderten von Menschen das Leben. Ebenso konnte eine von der SP geprägte Politik aus einem erfolgreichen Mix von präventiven und repressiven Massnahmen den Anstieg der Jugendgewalt

stoppen und rückgängig machen. Die Anzahl Jugendstrafurteile wegen Gewalttaten verdoppelte sich in den Jahren 2000 bis 2006, ging seither aber wieder um 65 Prozent zurück. Die von der SP wesentlich mitgestaltete erfolgreiche Politik kombinierte eine Kultur des Hinschauens, der Prävention, der sozialen Förderung und Integration mit punktueller, gezielter Repression.

Die SP wirkte auch der Privatisierung der Sicherheit entgegen. 2013 konnte ein neues Bundesgesetz über im Ausland erbrachte private Sicherheitsdienstleistungen verabschiedet werden. Es verbietet die Teilnahme an Feindseligkeiten und private Sicherheitsdienstleistungen im Zusammenhang mit schweren Menschenrechtsverletzungen. Dank der SP konnte auch die grenzüberschreitende Zusammenarbeit bei der Verbrechensbekämpfung ausgebaut, der Menschenhandel erschwert und mehr Mittel zur Bekämpfung der Internetkriminalität zur Verfügung gestellt werden. In all diesen drei Bereichen bleibt allerdings viel zu tun.

Das will die SP 2015 bis 2019 erreichen

- Der Schutz kritischer Infrastrukturen (Stromversorgung, Verkehr, Internet usw.) wurde lange vernachlässigt. Es braucht mehr präventive Planung, die Benennung unzweideutiger Zuständigkeiten und zusätzliche finanzielle und personelle Ressourcen sowohl bei Privaten als auch bei der öffentlichen Hand.
- Zum Schutz vor Cyberkriminalität muss mehr getan werden. Alle kritischen Infrastrukturen hängen irgendwo am Internet, ebenso der Alltag von uns allen. Der Schutz der Datensysteme und die Sicherheit der Daten liegt im öffentlichen Interesse – unabhängig davon, ob sich diese bei Privaten oder Behörden befinden.
- Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit bei der Bekämpfung von Terrorismus und anderen Verbrechen wird immer wichtiger. Die polizeiliche, justizielle und nachrichtendienstliche Zusammenarbeit mit der EU soll unter Wahrung der Grundrechte vertieft und Schengen entsprechend ausgebaut werden.
- Die Bestände des Grenzwachtkorps und der kantonalen Polizeikorps müssen erhöht und die Armee und private Sicherheitsdienste aus der inneren Sicherheit zurückgedrängt werden. Zudem braucht es zwingend eine parlamentarische Ermächtigung, bevor Truppen für zivile Behörden Sicherheitsdienst leisten.
- Alle Menschen haben Anspruch auf Sicherheit. Sicherheit ist unteilbar. Nicht Ausgrenzung, sondern Integration schafft mehr Sicherheit. Die SP steht für griffige gesetzliche Bestimmungen zur Integration ein und will für die Förderung der Integration deutlich mehr Geld vom Bund.
- Der private Einsatz von Überwachungstechnologie und von Drohnen muss eingeschränkt werden. Auch in diesem Bereich darf es keine Privatisierung der Sicherheit geben und muss der Datenschutz gewährleistet bleiben.
- Der Rechtsstaat muss für alle und nicht nur für ein paar wenige Reiche da sein. Namentlich muss der Rechtsschutz für Personen in engen finanziellen Verhältnissen verbessert werden.
- Der Bund muss die Kantone verpflichten, Interventionsstellen gegen häusliche Gewalt einzurichten, Zufluchtsorte für Gewaltopfer zu schaffen und die Opfer- und Täterarbeit zu verstärken.

Ausgangslage

Seit einigen Jahren ist in der Medienöffentlichkeit und bestimmten politischen Kreisen eine Tendenz zu einem Diskurs zu beobachten, der die sozialen Hintergründe der Kriminalität ausblendet (mangelnde Ausbildung und Integration, hohe Jugendarbeitslosigkeit bei Migrantinnen und Migranten). Um dem Übel beizukommen, werden die Sanktionen zur Ahndung von Straftaten fortwährend verschärft, das heisst, man bekämpft die Symptome, nicht aber die Ursachen.

Diese tendenziöse, einseitige Strafrechtspraxis ist weder zielführend noch verhältnismässig, denn ob sich ein Abschreckungseffekt einstellt, hängt viel eher von der Wahrscheinlichkeit ab, erwischt zu werden, als von der Härte der Strafandrohung.

Im Jahr 2007 ist der neue Allgemeine Teil des Strafgesetzbuches in Kraft getreten. Seither ist sehr viel Kritik laut geworden. In erster Linie richtete sich diese gegen die Bestimmungen, auf die der weitgehende Ersatz von kurzen Freiheitsstrafen durch Geldstrafen oder die Verurteilung zu gemeinnütziger Arbeit zurückgeht. Bezweifelt wurde zudem die abschreckende Wirkung der bedingt ausgesprochenen Geldstrafe. Im Juni 2015 wird das Parlament voraussichtlich eine Gesetzesreform verabschieden, an welcher die SP stark mitgewirkt hat. Für die SP ging es darum, die kritischen Stimmen ganz verschiedener Akteure der Strafrechtspflege ernst zu nehmen, ohne dem grassierenden Alarmismus nachzugeben, dies unter gründlicher Prüfung der wissenschaftlichen Untersuchungen zu den Auswirkungen des neuen Strafgesetzes von 2007. So undogmatisch die SP dann auf eine Wiedereinführung von kurzen Freiheitsstrafen eingestiegen ist, so überzeugt hat sie sich gleichzeitig hinter die Beibehaltung der Geldstrafe als möglicher Alternative und die Einführung der elektronischen Fussfessel auf nationaler Ebene gestellt, dank welcher die Strafanstalten entlastet werden können.

Das sind unsere Grundsätze

Nach Ansicht der SP ist das Strafrecht ein wichtiges soziales Regulativ, auf das wir nicht verzichten können, doch dürfen strafrechtliche Bestimmungen nur dort zum Zug kommen, wo jene des Zivilrechts nicht gegriffen haben. Bevor neue Strafrechtsnormen aufgestellt oder bestehende verschärft werden, muss genauestens geprüft werden, inwiefern dies wirklich begründet ist und das geltende Recht tatsächlich nicht genügt, um gesellschaftlich unerwünschtes Tun zu unterbinden.

Priorität hat für die SP der Opferschutz. Dies bedingt eine Stärkung der Rechte der Zivilparteien und des Informationsrechts sowie einen besseren Zeugenschutz, namentlich bei Migrantinnen und Migranten (Aufenthaltsbewilligung und Schutzgarantie bis zum Abschluss des Verfahrens oder, z.B. bei Menschenhandel, auch darüber hinaus).

Gegen Pfusch am Strafrechtssystem setzt sich die SP eisern zur Wehr. Es braucht keine Strafverschärfungen für bestimmte Vergehen als Reaktion auf Einzelfälle. Das Vorgehen muss System haben und auf verlässliche wissenschaftliche Fakten und Zahlen gestützt sein. In dieser Art muss auch die Kriminalpolitik definiert werden, nämlich als «Gesamtheit aller Methoden, mit denen die Gesellschaft dem Phänomen der Kriminalität begegnet», mit dem Strafrecht als «hartem Kern». Auszugehen ist dabei von der Analyse der Kriminalitätsdaten in den verschiedenen Landesteilen und den wissenschaftlichen Theorien. Auf die anschliessende Anwendung folgt die Evaluation. Und je nachdem die nötigen Anpassungen.

Wohin man auch blickt in der Schweiz, die Politik der Verbrechensbekämpfung in den Kantonen beruht selten auf objektiven wissenschaftlichen Erkenntnissen. Im Gegenteil, sehr oft bestimmen aktuelle Ereignisse das staatliche Handeln und die politischen Entscheidungen, die dann nicht selten überhastet und zu wenig hinterfragt erfolgen. Bekanntlich gehen die Wogen in diesem Zusammenhang rasch einmal hoch, die Debatten sind extrem emotional, vor allem wenn sie sich um Gewaltdramen oder um das Versagen von Behördenstellen und Kontrollinstanzen drehen. Umso mehr plädiert die SP für einen besonnenen Umgang mit der Kriminalpolitik.

Das hat die SP erreicht

Die Reform des Sanktionenrechts vermochte die SP stark zu beeinflussen. Der SP ist es ausserdem gelungen, die ausnahmslose Erhöhung des Mindesttagessatzes von 10 Franken auf 30 Franken abzuwenden; andernfalls hätten Minderbemittelte es vorgezogen, ihre Strafen abzusitzen, was viel höhere Kosten für die Allgemeinheit zur Folge gehabt und eine grosse soziale Ungerechtigkeit dargestellt hätte.

Die SP hat sich auch dafür eingesetzt, dass eine hierarchische Abstufung der Strafen erhalten bleibt. Es ist wichtig, dass das Gesetz einen Grundrahmen für die verschiedenen Sanktionsarten (z. B. Tagessätze oder Gefängnis) vorgibt, an dem sich das Gericht bei der Strafzumessung orientiert und der zu berücksichtigen ist, um die Rückfallgefahr zu minimieren. Ohne Abstufung käme es in der Praxis zu einer Ungleichbehandlung von Kanton zu Kanton, was inakzeptabel wäre und früher oder später Regelungsbedarf nach sich zöge. Zudem würde sich die Überbelegung der Gefängnisse weiter verschlimmern; schon die – von der SP mitgetragene – Wiedereinführung der kurzen Freiheitsstrafen wird sich auf die Anzahl Häftlinge auswirken.

Einen Erfolg konnte die SP beim Opferschutz erreichen: Auf Initiative der SP hat das Parlament das Informationsrecht der Opfer von Delikten ausgeweitet.

Das will die SP 2015 bis 2019 erreichen

- Die Harmonisierung des Strafrahmens im Besonderen Teil des Strafgesetzbuches muss mit Augenmass erfolgen und darf sich nicht in einer Verschärfung der geltenden Sanktionen erschöpfen.
- Die Grundprinzipien des Strafrechts, also die Unschuldsvermutung und das Verhältnismässigkeitsprinzip, müssen aufrechterhalten und gestärkt werden.
- Der richterliche Ermessensspielraum darf nicht durch Automatismen oder Mindeststrafen eingeengt werden, und schon gar nicht durch Androhung persönlicher Sanktionen gegenüber Richtern oder Vollzugsbehörden.

- Die Anpassung der Strafprozessordnung muss angemessen sein und sich auf solide, praxiserprobte Feststellungen stützen.
- Die Strafverfolgungsbehörden müssen mehr Ressourcen zur Verfügung haben, damit strafrechtlich relevantes Verhalten so rasch als möglich Konsequenzen hat. Mehr Mittel brauchen namentlich die Jugendstrafbehörden, damit eine effiziente Erziehungsarbeit besonders bei jugendlichen Wiederholungstätern möglich wird.
- Es gilt, der Wirtschaftskriminalität mehr Beachtung zu schenken und sie wirksamer zu bekämpfen. Den Straftaten auf den Finanzmärkten, der Geldwäscherei im Immobiliensektor, dem Verschieben von Kriegsbeute aus bewaffneten Konflikten und dem Steuerstrafrecht gebührt grössere Aufmerksamkeit.
- Die landesweit verbreitete und in der Westschweiz besonders akute Überbelegung der Strafanstalten muss bekämpft werden. Sie ist gefährlich für das Gefängnispersonal wie auch für die Häftlinge. Therapeutische und erzieherische Massnahmen, wie sie für eine Resozialisierung und die Verhütung von Rückfällen unentbehrlich sind, kommen unter diesen Umständen zu kurz. Um würdige Haftbedingungen gewährleisten zu können und den Resozialisierungsauftrag der Haftanstalten umzusetzen, müssen darum für Planung und Bau zusätzlicher Plätze Lösungen auf Bundesebene gefunden werden. Insgesamt ist die Einführung verbindlicher nationaler Standards im Strafvollzug anzustreben (menschenswürdige Haftbedingungen, Beschäftigung, Freigänge, Gutachterniveau bei Gefährlichkeitseinschätzung).
- Ferner müssen auch Lösungen her, um sicherzustellen, dass die nach Art. 59 StGB zu einer stationären Massnahme Verurteilten in spezialisierten therapeutischen Einrichtungen Aufnahme finden. Von den mehr als 800 aktuell Betroffenen ist die Mehrheit in einer Haftanstalt anstatt in einer psychiatrischen Einrichtung untergebracht.
- Schliesslich ist, um Rückfällen vorzubeugen, bei gefährlichen Straftätern eine Harmonisierung im Sinne des deliktorientierten Therapieansatzes angezeigt, wo auf alle Aspekte des Verhaltens des Delinquenten fokussiert wird oder auf risikorelevante Persönlichkeitsmerkmale. Aus der Beurteilung der Rückfallgefahr und des Behandlungsbedarfs ergibt sich, wie die Strafvollzugsmodalitäten aussehen. Um dieses Ziel zu erreichen, muss die vorbildliche einschlägige Praxis einiger Kantone zum schweizerischen Standard gemacht und müssen Spezialisten ausgebildet werden, an denen es im Strafvollzug gegenwärtig mangelt.
- Die Opferhilfe muss verstärkt werden, das gilt insbesondere für alle Formen der häuslichen Gewalt. Für die SP ist klar, dass die Verschlechterungen für die Opfer bei der letzten Revision des Opferhilfegesetzes auf der finanziellen Ebene (Genugtuung und Schadenersatz) auf jeden Fall korrigiert und vermehrt Präventionsgesichtspunkte im OHG berücksichtigt werden müssen.

Ausgangslage

Die Schweiz liegt inmitten eines breiten Rings von stabilen demokratischen Rechtsstaaten, die alle dieselben europäischen Grundwerte teilen. Damit verfügt die Schweiz über eine äusserst komfortable Sicherheitslage. An den Rändern Europas wird aber wieder real Krieg geführt. Es sind so viele Menschen auf der Flucht wie seit 1945 nie mehr. Die Zonen der Instabilität sind geografisch zwar weit entfernt. Dennoch wirken sie aufgrund der internationalen Verflechtung auf die Sicherheit der Schweiz zurück. Terrorismus bildet ein stetes Risiko. Hinzu kommen neue, zivilisationsbedingte globale Risiken, welche die Sicherheit der Schweiz herausfordern. Den meisten Sicherheitsrisiken ist mit herkömmlichen militärischen Mitteln nicht beizukommen. Dennoch lenkt die Schweiz ihre knappen finanziellen und personellen Ressourcen vorab in eine Armee, die viel zu stark auf ein veraltetes Kriegsszenario ausgerichtet ist. Die Weiterentwicklung der Armee ist eine Reform in die richtige Richtung: kleiner, flexibler, weniger schweres Gerät wie Kampfpanzer und Artillerie. Weiterhin setzt der Bundesrat aber kaum auf internationale Zusammenarbeit. Dies führt zu einer Militarisierung der inneren Sicherheit und bestärkt das Abseitsstehen der Schweiz beim Aufbau einer europäischen Sicherheitsarchitektur sowie den gemischt zivil-militärischen Missionen der UNO, die mancherorts erfolgreich gewalt-sam ausgetragene Konflikte verhüten, eindämmen und befrieden.

Das sind unsere Grundsätze

Die grossen friedens- und sicherheitspolitischen Herausforderungen an die Schweiz sind in der heutigen globalisierten Welt weder im Landesinnern noch an der Landesgrenze zu suchen. Vielmehr stellen sie das Ergebnis immer längerer, oft globaler Wirkungsketten dar. Scheinbar fern liegende Entwicklungen in Staat, Wirtschaft, Ökologie, Gesellschaft und Kultur wirken auf die Sicherheit der Schweiz zurück. An der Landesgrenze aufgestellte Panzer und Kanonen helfen da nicht weiter. Für die SP ist deshalb zentral: Auch die Friedens- und Sicherheitspolitik der Schweiz muss endlich im globalisierten 21. Jahrhundert ankommen, international aktiv mitwirken und ihren angemessenen Beitrag leisten.

Das hat die SP erreicht

Grösster Erfolg der SP bildet die krachende Niederlage der vereinigten bürgerlichen Stahlhelme anlässlich der Volksabstimmung vom 18. Mai 2014: Eine klare Mehrheit lehnte die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge Gripen ab. Die SP meldete sich damit auf einen Schlag als mehrheitsbildende Kraft in der Militärpolitik zurück. Die SP hat auch mehrere bürgerliche Angriffe auf den Zivildienst abgewehrt. Weiterhin entscheidet der Tatbeweis über die Zulassung zum Zivildienst. Jede Form der Gewissensprüfung bleibt damit ausgeschlossen. Die SP setzte sich auch erfolgreich

für die Fortführung des Schweizer Engagements für zivile Friedensförderung und Stärkung der Menschenrechte ein und half mit, dass die grundlegende Bedeutung der Geschlechterfrage für Frieden und Sicherheit anerkannt bleibt (Gendering security). Ebenso trug die SP zur Fortsetzung des Einsatzes von Schweizer Soldaten im Kosovo bei (Swisscoy).

Die SP sorgte dafür, dass die Abrüstung von Atomwaffen wieder auf die politische Agenda kam. Sie setzte in der Bundesversammlung eine Motion durch, welche den Bundesrat verpflichtet, sich im Nahen und Mittleren Osten für eine Zone einzusetzen, die frei von Massenvernichtungswaffen ist. Auch stärkte die SP dem Bundesrat den Rücken, die Unvereinbarkeit von Atomwaffen mit dem humanitären Genfer Recht international zu thematisieren.

Das will die SP 2015 bis 2019 erreichen

- Die Armee ist zu gross, zu teuer und falsch ausgerüstet. Sie muss sich endlich an den Risiken des globalisierten 21. Jahrhunderts ausrichten. Die Weiterentwicklung der Armee (WEA) weist in die richtige Richtung, geht aber zu wenig weit: Mehr europäische Sicherheitszusammenarbeit; mehr, bessere und raschere Friedensförderungseinsätze mit Truppen und auch mit Polizei; deutlich höhere Schwelle für Sicherungseinsätze im Innern; weniger mechanisierte Truppen (Panzer und Artillerie); deutliche weitere Senkung der Bestände und Kosten der Armee auf einen Plafond von maximal 4 Milliarden Franken jährlich.
- Die SP steht zum Zivildienst. Der Tatbeweis soll weiterhin über die Zulassung zum Zivildienst entscheiden. Jede Form von Gewissensprüfung lehnt die SP ab. Gesuche zum Zivildienst sollen jederzeit eingereicht werden können; das Spektrum von Einsatzmöglichkeiten muss erweitert werden.
- Die Friedenspolitik der Schweiz muss in all ihren Dimensionen institutionell aufgewertet und als eigenständiger Politikbereich anerkannt werden. Dazu gehören dauerhafte und mit ausreichend Ressourcen ausgestattete Beziehungen zur Zivilgesellschaft, welche in Friedensprozessen eine wichtige Rolle spielen kann und soll. Der Rahmenkredit für die zivile Friedensförderung und die Stärkung der Menschenrechte 2016–2019 soll deutlich erhöht und in einer eigenen Botschaft beantragt werden.
- Wenn sich in korrupten oder zerfallenden Staaten das staatliche Gewaltmonopol gegen die eigene Bevölkerung wendet und Warlords die Menschen in Angst und Schrecken versetzen, soll die UNO im Rahmen eines kollektiven Sicherheitssystems die Zivilbevölkerung schützen und zu mehr Gewaltfreiheit und menschlicher Sicherheit beitragen. Die militärische Friedensförderung der Schweiz soll in ein umfassendes Konzept der Aussen-, Entwicklungs-, Friedens- und Sicherheitspolitik eingebettet und ausgebaut werden. Neben jenem in Kosovo soll ein zweites Kontingent von Friedenssoldaten innerhalb oder ausserhalb Europas für Sicherheit sorgen.
- Die grundlegende Bedeutung der Geschlechterfrage für Frieden und Sicherheit muss breiter anerkannt werden (Gendering security).
- Die SP fordert Verhandlungen mit der EU über ein Rahmenabkommen zur Durchführung von Friedensoperationen und eine weitere Annäherung an die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU.

